

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Colonienzeile für Arbeitszeitung 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seidenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Immer mehr werden!

„Immer mehr werden, heißt nicht, was nicht ein Leben.“ Ruskin.

Unsere Zeit trägt die Signatur des rastlosen Konkurrenzkampfes. Wer nicht vorwärts strebt in seinem Berufe, wer nicht eine Stufe höher will, mag sich seiner Genügsamkeit freuen; aber zu den Menschen, die an der Gegenwart bauen und die Zukunft vorbereiten, gehört er nicht. Jedenfalls wird er nicht mitgezählt. Tagelang sucht man bei „Strebern“ unserer Tage auch vergebens nach Lustlebenheit. Wie viele Mühe, Nerven, Enttäuschungen, wie viele schlaflose Nächte kostet die Bemühung um eine vorzeitige Stellung. Nach der Erreichung des lang ersehnten Postens folgt häufig die Unzufriedenheit auf neue ein. Es liegen eben noch so viele Stufen über der erlangten Stellung, andere bieten weit günstigere Aussichten, das Streben findet keine Ruhe. Gewiß ist es wünschenswert, daß jeder mit aller Kraft, aber auch mit Mäßigung nach der Lebensstellung strebt, die seiner Neigung, Fähigkeit und Ausbildung entspricht.

Doch wer einmal erfaßt hat, daß die erste und letzte Pflicht jedes Menschen ist, sich selbst in der durch seine Wesensanlage bestimmten Richtung zur Persönlichkeit zu entwickeln, dem bieten sich größere und schönere Zukunftsperspektiven als dem, der äußerlich vorankommen will. Wer nur etwas ideale Gesinnung in sich trägt, wer nur einigermaßen den Unterschied des Geistes und der Materie erfaßt, der muß doch einsehen, daß Geld, Rang, Ansehen in Wahrheit eine untergeordnete Bedeutung haben, daß aber ein denkender Kopf, ein edles Gemüt und Charakterfestigkeit höhere Lebenswerte darstellen. Reichtum, eine hohe Lebensstellung, Ehre sind nur einem geringen Prozentsatz der Menschheit vorbehalten. Doch jeder kann ein ganzer und guter Mensch werden innerhalb seines Berufskreises. Mit dem Streben, weise und gut zu werden, kommt man keinem anderen ins Gehege seiner Wünsche, wie meist bei allem irdischen Trachten, sondern man wirkt fördernd auf andere Menschen. Das edle Ringen, innerlich voran zu kommen, bringt nicht die gehende Unzufriedenheit, die nervöse Hast mit sich, wie das Bemühen zu avancieren. Wer sich im Tage bei den verschiedenen Gelegenheiten im Berufs- und persönlichen Leben des innern Fortschritts wegen ernstlich angestrengt hat, wer aus den ehesten Worten und nicht aus Ehrgeiz heraus, seine pflichtmäßigen Arbeiten gut ausgeführt und andern gegenüber so weit wie möglich tätige Liebe geübt hat, der wird schließlich in der Nacht verfolgt von qualvollen sorgenvollen Gedanken wie der sog. „Streber“; die letzten Abendstunden und die ungestörte Nachtruhe sind ihm die wohlverdiente Belohnung eines wertvollen Tages.

Das ehrgeizige äußere Streben ist längst nicht immer vom Erfolg gekrönt; aber wer sich bestrebt, innerlich „mehr zu werden“, wartet nicht vergebens auf Wachstum und Fortschritt.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Vor knapp zwei Monaten ist es gewesen, als die Spekulation einen Zusammenbruch erlitten hat, der die größten Verluste mit sich brachte. Darauf kam eine Zeit der Unsicherheit und Zurückhaltung und heute hat man alles vergessen und wendet sich mit einem Eifer, der das Versäumte nachholen zu wollen scheint, wieder der Spekulation zu. Besonders anregend nach dieser Richtung wirken die Nachrichten aus unserer Industrie. Kein Kriegslärm vermag die Hausstimmung zu dämpfen, der Glaube herrscht wieder, daß ein Umschlag unmöglich wäre.

Die Verhältnisse im Wirtschaftsleben sind gewiß so günstig wie schon lange nicht mehr; das beweist schon die Tatsache, daß die Werkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen noch ständig im Wachsen begriffen sind. Sie betragen im Oktober 1911 183,35 Mill. gegen 183,35 Mill. im September — also 10 Mill. mehr. Gegen den Oktober des Vorjahres sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr um ebenfalls 10 Mill. gestiegen. Die starke Aufwärtsbewegung hält nun bereits seit Juli an, ein Zeichen, daß sie tatsächlich auf den besseren Stand unseres Wirtschaftslebens zurückzuführen ist. Die Einnahmen wären noch größere, wenn die Industrie nicht so sehr unter Wagenmangel zu leiden hätte. Der Personenverkehr brachte im Oktober d. J. 77,41 Mill. M. gegen 86,37 Mill. im September. Während wir also gegen den Vormonat einen Rückgang zu verzeichnen haben, weist die Einnahme gegen den Oktober des Vorjahres ein Mehr von 3,2 Mill. M. auf. Auch der Stand des Personenverkehrs muß durchaus günstig beurteilt werden.

In unserer Industrie macht sich die Aufwärtsbewegung in einem neuen Anzeichen der Roheisenproduktion bemerkbar. Wie erinnert, ist sie vom Mai d. J. an mit Ausnahme des Juni ständig zurückgegangen — vom August auf September hat sie um weitere 35 000 To. abgenommen. Nunmehr ist sie im Oktober zum ersten Male wieder gestiegen, und zwar von 1 250 702 To. auf 1 334 941 Tonnen, also um über 84 000 To. Die Zahl wurde auch in den besten Jahren noch nicht erreicht. Die Roheisenproduktion des letzten Jahres war die höchste jemals erreichte, sie betrug 14,7 Mill. To. und in den ersten 10 Monaten 12,2 Mill. Wenn in den beiden noch folgenden Monaten nicht noch ein gewaltiger unerwarteter Rückgang eintritt, so wird die Rekordzahl des letzten Jahres noch übertroffen werden. Beträgt doch schon in den ersten 10 Monaten

die Produktionsziffer 12,8 Mill. To. Gegen die gleiche Zeit 1910 weist sie eine Vermehrung von 8,37% auf.

Bei der in der angegebenen Weise gesteigerten Roheisenproduktion kann es nicht wundernehmen, daß die Einfuhr an Bedeutung zurücktritt. Sie ist ja niemals im Verhältnis zur Ausfuhr besonders groß gewesen. Eine ähnliche Erscheinung ist auf dem belgischen Roheisenmarkt zu beobachten. Auch hier ist infolge der Produktionsvermehrung im eigenen Lande die Einfuhr fremden Roheisens zurückgegangen — in den ersten 10 Monaten im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres um 20 000 To. Trotz der großen Steigerung der Roheisenproduktion hat ihre Ausfuhr im Oktober um 1 048 To. gegen den gleichen Monat des Vorjahres abgenommen. Diese Tatsache ist ein Zeichen der vorzüglichen Beschaffenheit des Inlandmarktes; die verarbeitende Industrie ist so stark beschäftigt, daß eine erhöhte Ausfuhr ihres Rohproduktes nicht zulässig erscheint. Daß unter solchen Verhältnissen der Roheisenmarkt ein günstiges Aussehen hat, bedarf kaum der Erwähnung.

Der September hat für alle A-Produkte eine außerordentliche Produktionssteigerung gebracht. Sie war aus der drohenden Preissteigerung leicht zu erklären. Es ist deshalb nach ihrem Eintritt nicht zu verwundern, wenn die Werke etwas vorsichtiger geworden sind und die Produktion vielleicht etwas eingeschränkt wurde. Sie betrug im September 603 000 To. Rohstahlgewicht, im Oktober dagegen 472 000 To., mithin 31 000 To. weniger. Nach der Rekordzahl im September ist diese Abschwächung fast zu begrüßen. Auch der Verband des Stahlwerksverbandes an A-Produkten ist im Oktober zurückgegangen. Im September d. J. betrug er insgesamt 502 946 To. Rohstahlgewicht, im Oktober dagegen nur 472 096 To. Gegen den Oktober des Vorjahres ist aber immer noch eine Steigerung von 12 647 To. zu verzeichnen. Der Verband ist bei Eisenbahnmateriale und Formeisen nicht unerheblich zurückgegangen. Der des letzteren betrug 157 486 To. gegen 173 761 To. im September, der des letzteren 158 883 To. gegen 175 242 To. im September. Im Vergleich zum Oktober 1910 weist Eisenbahnmateriale einen Rückgang von 24 493 To. auf, während Formeisen einen Zuwachs von 13 124 To. zu verzeichnen hat. Der Verband an Halbzweig stellte sich im Oktober auf 155 728 To. Es ist das die höchste erreichte Zahl in diesem Jahre mit Ausnahme der Verbandsziffer im März, die 170 713 To. lautete; im September sind 153 943 To. zum Verband gekommen.

Die Ausfuhrzahlen für die verarbeitende Industrie sind nach wie vor günstig. Eine beträchtliche Zunahme für den Oktober dieses Jahres im Vergleich zu dem des Vorjahres weist die Ausfuhr des Halbzweigs auf. Sie betrug im Oktober 1911 54 827 To. gegen 40 796 To. im Oktober 1910, die Ausfuhr von Trägern ist von 29 988 To. auf 44 041 To. gestiegen, die an Stab- und Profilen von 48 678 To. auf 58 729 To. Nicht unwesentlich ist dagegen die Ausfuhr an Eisenbahnschienen zurückgegangen, und zwar von 54 673 To. auf 40 767 Tonnen. Hier darf aber nicht vergessen werden, daß sich die Ausfuhr in früheren Monaten d. J. für Eisenbahnschienen außerordentlich günstig gestaltet hat.

Man hört, wie auf Hilschweigenbe Vereinbarung, von der Erneuerung des Stahlwerksverbandes noch nichts. Neuerdings konnte man in der Presse die Mittelteil lesen, daß die Werke ihre Forderungen für A- und B-Produkte eingereicht hätten. Daß diese weit über das bestehende Maß hinausgehen würden, war vorauszusehen. Diese Tatsache wird aber sicher nicht zur Erleichterung des Zustandekommens des Verbandes beitragen.

Von der günstigen Preisgestaltung für verschiedene Produkte unserer Industrie haben wir schon berichtet. Nunmehr wird gemeldet, daß auch die Banneisen-Vereinigung beabsichtige, die Banneisenpreise, die bisher 127½ bis 130 M. betragen, zu erhöhen. Die Berliner Stabeisenvereinigung hat bereits eine Erhöhung ihrer Preise eintreten lassen, mit der ihr übrigen der Markt schon voran geeilt ist. Auf dem Rohrenmarkt hat sich für Gasrohrpreise eine leichte Preissteigerung durchgesetzt.

Die Nachrichten von Amerika lauten günstiger als seit langem. Für Fertigwaren schienen bessere Zeiten anbrechen zu wollen. In Waggonen und Eisenbahnschienen wurden größere Aufträge erteilt. Der Umstand, daß sich die Verbraucher bemühen, Abschlüsse zu den jetzigen niedrigen Preisen zu machen, läßt darauf schließen, daß auch bald eine Besserung in den Preisen eintreten wird. Der Auftragsbestand des Stahlwerks betrug Ende Oktober 3 694 000 To., das bedeutet gegen September eine Zunahme von 83 000 To. Hinter dem August bleibt der Bestand noch um 2 000 To. zurück.

In Frankreich und Belgien ist der Markt nach wie vor günstig. Besonders im letzteren Lande macht sich eine starke Aufwärtsbewegung in unserer Industrie geltend — sie geht ziemlich parallel mit der deutschen Entwicklung. Der Roheisenmarkt in England scheint nun endlich auch in eine bessere Stimmung zu kommen. Die Preise haben rasch und ziemlich stark angezogen.

Der günstige Stand der Elektrizitätsindustrie in Deutschland wurde das letzte Mal an dem Geschäftsabschluss der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Berlin, dargestellt. Wie wir den Münchener Neuesten Nachrichten entnehmen, ist auch der Geschäftsengang bei den Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin äußerst günstig. Eine Dividendenzahlung liegt zwar noch nicht vor, doch wird versichert, daß das Ergebnis auch in diesem Jahre günstig sein werde (im Vorjahr wurden 12% verteilt!). Die Beschäftigten der Werke war

sehr gut, jedoch mehrere große Aufträge abgelehnt werden mußten. Der Geschäftsumsatz dürfte sich gegen das Vorjahr um 15—20 Mill. M. vermehrt haben und 65 bis 70 Mill. betragen. Die Aufträge in der Turbinenabteilung waren und sind so bedeutend, daß mit Nachschichten gearbeitet werden muß. Die Nachfrage nach Glühlampen ist so lebhaft geworden, daß ihr nicht mehr in vollem Umfang genügt werden konnte. Ueber die Preise der bisher genannten Produkte wird Frage geführt. Kleinmotoren werden monatlich 2500 bis 3000 Stück geliefert. Der Umfang, den die Geschäfte in allen Abteilungen genommen haben, macht den Anbau neuer Räumlichkeiten unabwendbar.

Sehr interessante Einblicke in die verarbeitete Geschäftsabteilung eines großen Betriebs gibt uns der Bericht der Elektr. Licht- und Kraftanlagen A.-G. Berlin. Das Kapital dieses Unternehmens beträgt seit 1909 30 Mill. M. Der Reingewinn betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 2 809 872 Mark, woraus 7% Dividende verteilt werden. Der hier nicht einberechnete Vortrag beträgt 183 198 M. Das Interessante nun an dem Geschäftsbericht sind die Angaben über die Beteiligung an anderen Unternehmungen. Die Gesellschaft besitzt für über 8 Mill. M. Aktien der Gesellschaft für Elektr. Licht- und Untergrundbahn, für über 5 Mill. M. Aktien der Ueberseeischen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin. Fast ganz im Besitze der Kraftanlagen-Ges. sind die Aktien der A.-G. für Elektrizitätsanlagen in Berlin (6,98 von 7 Mill. M. Aktienkapital). An der Bayer. Elektrizitätswerke A.-G. in München ist sie mit 2,22 Mill. M. beteiligt, an den deutschen Telephonwerken in Berlin G. m. b. H. mit 2,52 Mill. M., an der R. Ewald & Cie., Spitalbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik in Berlin mit 2,16 Mill. M. Außer den genannten Gesellschaften ist das Unternehmen noch an 5 weiteren Gesellschaften mit allerdings geringeren Beiträgen beteiligt.

Der Zweck, den diese Verbindungen verfolgen, liegt auf der Hand. Man will Einfluß auf möglichst viele Unternehmungen gewinnen, um dadurch evtl. den eigenen Auftragsbestand zu vermehren. Dieses Zweckverfolgen der verschiedenen Aktiengesellschaften ist natürlich für die Gewinnchancen des einzelnen Unternehmens von der größten Bedeutung. Der Arbeiter hat keinen Grund, die Verschmelzungen zu begrüßen, sind sie doch nur zu sehr geeignet, seine Freiheits- und Unabhängigkeit zu unterbinden. Diese Entfremdung der Dinge im Unternehmertum ist mithin für die Arbeiterschaft eine erneute eindringliche Mahnung zur weiteren Stärkung ihrer Organisation. Mögen unsere Kollegen diese Mahnung allerorts beherzigen.

### Vom „frei“ gewerkschaftlich-roten Reichstagswahlkampf.

Wie das Klappern zum Handwerk, so gehören bekanntlich Phrase und Schlagwort zum unentbehrlichen Zubehör der sozialdemokratischen Agitation. Es ist merkwürdig, was sich bei der Sozialdemokratie folgenden Massen von ihren „Führern“ nicht alles aufhängen lassen — und erstaunlich, daß sich rote Agitatoren und Blätter heute noch herausnehmen dürfen, förmliche Altentate auf das menschliche Gedächtnis zu machen. Erstaunlich? — gewiß! aber andererseits auch wieder erklärlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Sozialdemokratie mit ihrem, durch die tatsächliche Entwicklung ab absurdum geführten Programm nicht ein denkendes Volk, sondern nur blinde gläubige Nachläufer für ihre Zwecke einzufangen und — mißbrauchen kann.

Phrase und Schlagwort feiern zurzeit auch in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse die tollsten Orgien. Was sich da beispielsweise die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 45 in dem Leitartikel „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen“ leistete, könnte selbst den Red der roten Genossen-Anarchistenpresse in Dortmund oder Leipzig herausfordern. Unwürdevoll drängte sich uns beim „Genosse“ dieser Zitation das Urteil auf, welches die „Freiwillige Zeitung“ im Sommer 1909 über die sozialdemokratische Agitation fällt und das kurz also lautet:

„Reider ist die Sozialdemokratie bei ihrer agitatorischen Tätigkeit bei der Wahl ihrer Mittel von Stufe zu Stufe moralisch herabgesunken... Achtung vor der Wahrheit geht ihr völlig ab... Hinter jedem und allem, was ihren vermeintlichen Interessen zumwiderläuft, sucht sie schmutzige Motive, und es ist erstaunlich, wie sie das Kunststück leistet, solche Motive dann auch angeblich zu finden.“

Was die „Freiwillige Zeitung“ hier von der sozialdemokratischen Agitation im allgemeinen sagt, das paßt auch buchstäblich auf den sozialdemokratischen Reichstagswahl-Agitationsartikel in der „Metallarbeiterzeitung“. Das ist nicht Kritik, die auf sachlichen Gründen basiert und besser will — nein, das ist demagogische Hebe vom reinsten Wasser. Schmutzige Motive unterstellt die „Metallarbeiterzeitung“ vor allem den christlichen Arbeiterabgeordneten. Nach ihr haben sie zum mindesten in allem „schamlos und verräterisch“ gehandelt. Schauer gerufen werden soll an ihnen auf Kommando der „Metallarbeiterzeitung“ besonders die angebliche „Entdeckung der Arbeiter in den Drückentassen“. Sie kann es offenbar noch immer nicht verschmerzen, daß auf Betreiben der christlichen Arbeiterabgeordneten der roten Einflüssen- und Mißwirtschaft auf Kosten der gesamten, in diesen Krankentassen versicherten Arbeiterschaft, auch die Reichsversicherungsordnung ein Ende gemacht wurde. Der Schauer und die Wut des roten Blattes

Ist bezüglich dieses Punktes ja erklärlich. Eine unvorsichtige Uebersetzung ist es jedoch gerade ausgerechnet für ein sozial-demokratisches Blatt, wenn es gar die Verantwortung aufzuspüren mag, die christlichen Arbeitervertreter hätten durch ihre Zustimmung zur Reichsversicherungsordnung, auch die christlichen Gewerkschaften desavouiert und kompromittiert. National Erbkämlicher hat sich doch wohl nicht niemals jemand kompromittiert — wie gerade die Sozialdemokratie bei der Reichsversicherungsordnung. Hier hätte sie wirklich allen Anlaß zu schweigen, eingedenk des Sprichwortes, daß man im Hause des Bekümpften nicht vom Strauch reden soll. Aber die rote Presse weiß, daß sie ihrem geduldbigen Lesepublikum so ziemlich alles bieten darf.

Das auf folgerichtigem Denken aufgebaute Urtel bildet eben schon seit langem die schwerste Gefahr für den Bestand der Sozialdemokratie und den Gländen an ihre Regimen. Was lag da näher, als den Massen das Denken abzugewöhnen und ihnen die fertigen Urteile aus den parteiamtlich abgestempelten Meinungsfabriken zu übermitteln. Aber o Jammer! Auch die roten Meinungsfabrikanten gerieten sich in die Saare, sobald sie sich wirklich einmal an praktische Vorschläge zum Bessermachen heranwagten. So bleibt diesen Leuten also als das einzige „banbare“ Tätigkeitsfeld — das Ackerweiden; um jeden Preis muß die positive Arbeit anderer Leute durch Unterstellung „schmutziger Motive“ verächtlich beleuchtet, beschimpft und in Arbeiter- und Volksvertreter umgewandelt werden — um die Aufmerksamkeit der betörenden Massen von der eigenen Unfähigkeit abzulenken. Da redet denn auch die „Metallarbeiterzeitung“ ihrem blindgläubigen Publikum im „zugkräftigsten“ Schimpfwortestück vor, daß sich die nichtsozialdemokratischen Volksvertreter bei ihren Entschlüssen natürlich nur von den schändlichsten und lauslichsten Beweggründen leiten lassen. Das soll nun dann bei den Wahlen „aufs schärfste und wichtigste zur Geltung kommen“ — und zwar „durch die Begabung von Leuten, die das Reichstagsmandat als Räuber-Beutepartition betrachten“. In dieser Art geht dann weiter über das „Hungerniveau“ zum „Nordpatriotismus“ und „stumpfsinnigen Werkzeugen und politischem Stimmvieh der reaktionären Junker und Pfaffen“.

So schimpft und behauptet der getreue Parteiknecht in der „Metallarbeiterzeitung“ lustig drauf los nach der Methode des alten Till Eulenspiegel, der, um seinen Nachbarn als „abscheulichen Hühner“ beschimpfen zu können, ihm zuvor den Inhalt seines Tintenfassies ins Gesicht goß. Die tollsten Kapriolen aber gestattet sich der Mann in der „Metallarbeiterzeitung“ auf den Gefilden, die weiteren Kreisen unseres Volkes noch etwas dunkel und unklar sind. Die sozialistischen volks- und weltwirtschaftlichen Probleme löst der rote Agitator im Handumdrehen mit dem — Wunde. Jeder, der sich da eine abweichende Meinung gestattet und nicht unbedingt auf die Unschicklichkeit der sozialdemokratischen Agitationsmethoden schwört, ist nach der Meinung des roten Parteiknechtes in der Metallarbeiterzeitung ein ausgemachter „Brotwucherer“ und „Volksausplünderer“. „Mit der alten Bauernfängerparole der Bismarck und Konforten vom „Schutz der nationalen Arbeit“ will auch der Bethmann... den Reichskampf aufnehmen, so sieht der Mann und wimmert und schimpft dann ganz unschuldig über „Hunger- und Wucherer“, „Büchse von Milliarden“, „Ausplünderung der Massen“ und anderen ungeheuerlichen Dingen, wie man sie tagtäglich in der roten Presse finden kann.

Was brauchen dann aber auch die Leser der roten Metallarbeiterzeitung zu wissen, daß z. B. unsere deutsche Metallindustrie zum größten Teile gerade der verschrieenen „Bauernfängerparole der Bismarck und Konforten vom Schutz der nationalen Arbeit“ ihre heutige Ausdehnung und Blüte verdankt! Was braucht das rote Lesepublikum ferner zu wissen, daß Deutschland ohne die verschrieenen „Bauernfängerparole“ statt seiner Industrieerzeugnisse zu exportieren müßte! Und was geht es vollen die Leser der roten Metallarbeiterzeitung an, daß Deutschland gerade wegen seiner Wirtschaftspolitik hunderttausenden stattdessen an anderen ausländischer Arbeitsgenossen noch wohlfeileres Brot bieten kann, wie es die Heimatländer diesen Leuten wahrheitsgemäß erläutern wollen, so hätten ihm dafür die Spalten der „Metallarbeiterzeitung“ sicher nicht zur Verfügung gestanden; erstens nicht wegen der drohenden roten Parteiunruhe und zweitens, weil man dann auch den „christlichen Arbeitervertretern“ schließlich keine „schmutzigen Motive“ wegen ihrer gewissenhaften Stellungnahme zu diesen

fragen mehr unterschieben kann. Und das ist doch gerade für Blätter vom Schlage der „Metallarbeiterzeitung“ die Hauptsache.

Über ein blindes Juhn findet auch wohl mal ein Nöckchen — auch die „Metallarbeiterzeitung“. Sie hebt nämlich zum Schluß ihres „Kampfkatechismus“ an: „Wir Gewerkschaftler wollen einen neuen Reichstag, der endlich die Bahn freimacht für die ungehinderte weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung; der das Koalitions- und Streikrecht sichert gegen die Attentate frecher Unternehmervertreter.“ Ganz unsere Meinung! Wenn aber die „Metallarbeiterzeitung“ die Vertrolichung all dieser schönen Dinge durch eine verstärkte sozialdemokratische Partei im neuen Reichstag erwartet, so ist sie ganz bedenklich auf dem Holzwege. Weit mehr als durch die Attentate frecher Unternehmervertreter ist heute das Koalitionsrecht der Arbeiter durch den Terrorismus „frecher“ und unzulässiger „Genossen“ gegen andersgestimmte und andersorganisierte Arbeiter bedroht. Gerade diese letztere Gattung „frecher Terroristen“ ist es ja nur, die den „Unternehmervertretern“ das Wasser auf die Mühlen leitet. Essen, das dürfen wir der „Metallarbeiterzeitung“ schon heute versichern, wird die gesamte christlich-national gestimmte Arbeitererschaft bei den Reichstagswahlen eingeengt sein. „Brot ist Freiheit — Freiheit ist Brot“ ruft der sozialdemokratische Parteiknecht in der „Metallarbeiterzeitung“ zum Schluß pathetisch aus. Nun wohl, die christlichen Arbeiter haben es zur Gnüge erfahren, daß ihr Brot und ihre Freiheit von keiner Seite noch in dem Maße bedroht worden ist, als durch den sozialdemokratischen Terror und Grabschrei! Sie werden also schon aus Gründen der Reinlichkeit, Selbstachtung und Selbsterhaltung sich unter keinen Umständen dazu herbeilassen, einem angeblichen roten „Volksvertreter“ ihre Stimmen zuzuwenden. Denn den roten Grabschreier auch unerschrocken noch zu stützen und zu fördern, das ginge doch bedenklich über das politisch zulässige Maß von Denksequenztätigkeit hinaus.

### Ein Scharfmacherprogramm für die Reichstagswahlen

hat sich, wie wir bereits in der „Rundschau“ in Nr. 41 erwähnt, der Zentralausschuß deutscher Innungsverbände zugelegt. Wie andere Interessengruppen, so will auch dieser Ausschuß Reichstagskandidaten nur dann unterstützen, wenn sie sich auf sein Programm verpflichten. Dieses enthält aber u. a. auch folgenden, echt scharfmacherischen Passus: „Ablehnung insbesondere der Arbeitkammern, der Arbeitslosenversicherung; dagegen Schutz der Arbeitswilligen.“

Daß diese Forderungen den Lebensinteressen der Arbeiterorganisationen zuwider laufen, liegt klar auf der Hand. Stehen nun auch die christlichen Gewerkschaften den bürgerlichen Parteien aller Richtungen objektiv gegenüber, so darf gerechtere Weise doch niemand ihren Mitgliedern zumuten, etwa einen Kandidaten zu wählen, der sich auf das obige oder ein ähnliches Scharfmacherprogramm festgelegt hätte.

In der Nummer 253 des „Tag“ vom 26. Oktober hat sich Kollege Giesberts ausführlicher zu diesen Forderungen ausgesprochen. Mit Recht erklärt er in dem Artikel, daß die praktische Förderung der Handwerkerinteressen und die Wahl von Handwerkerabgeordneten bei den christlichen Arbeitern im allgemeinen keinen Widerbruch erfahren, daß dagegen die obengenannten drei Forderungen für die christlich-nationalen Arbeiter unannehmbar sind und Kandidaten, die sich darauf verpflichten, nicht auf die Stimmen der christlichen Arbeiter zu rechnen hätten. Kollege Giesberts nimmt in dem Artikel zu den einzelnen Punkten in folgender Weise Stellung:

1. Der Zentralausschuß verlangt von den Kandidaten, die auf die Stimme des Handwerks rechnen wollen, die Ablehnung der Arbeitskammern. Es ist mir nicht erklärlich, wie man zu dieser Stellungnahme gekommen ist. Das Handwerk selbst hat eine gesetzmäßige Organisation in Innungen und Handwerkskammern, warum will man dem Arbeiterstande eine ähnliche Organisation verjagen? Die paritätische Arbeitskammer ist den deutschen Arbeitern immerzeit in den kaiserlichen Februarerlassen in Aussicht gestellt. Für dieses Prinzip haben sich die sämtlichen bürgerlichen Parteien wiederholt im Reichstag ausgesprochen. Es liegt ein Gebetswunsch, durch die Kommission fertig beraten, im Reichstag. Der einzige kritische Punkt in diesem Gebetswunsch ist der sogenannte Arbeitersekretär-Paragraf. Die Kommission hat bekanntlich eine Bestimmung in den Gebetswunsch eingefügt, nach der ein Teil der Vertreter in der Ar-

beitskammer (sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber) nicht mehr dem aktiven Arbeiter- bzw. Arbeitgeberstande angehören braucht. Ueber diesen Paragrafen haben lange Verhandlungen stattgefunden, und erfreulicherweise stellen sich die Vertreter des Handwerks auf Seiten der Arbeiter. In einer Ausgabe von Mitgliedern der Arbeitskammerkommission und dem Vorstande des deutschen Innungsamtschusses, unter dem Vorstehe des Landtagsabgeordneten Nahrbach, wurde vollständige Einmütigkeit in dieser Frage erzielt. Die Handwerker erklärten, daß es auch in ihrem eigenen Interesse gelegen sei, wenn mit dem Ehrenamt des Vertreters in der Arbeitskammer solche Handwerker betraut werden könnten, die entweder freigestellt sind für die Organisation, oder nicht mehr praktisch im Betriebe tätig sind (z. B. ihr Geschäft bereits an ihren Sohn übertragen haben). Um so ausführlicher ist jetzt die Stellungnahme des Zentralausschusses, der einfach jede Form einer Arbeitskammer verurteilt und von den Kandidaten sogar verlangt, sich zu verpflichten, gegen ein solches Gesetz zu stimmen.

2. Von den Kandidaten wird verlangt: Ablehnung der Arbeitslosenversicherung. Man kann ganz getreulich Meinung darüber sein, ob das Arbeitslosenproblem in nächster Zeit durch ein Reichsgesetz gelöst werden kann. Ganz zweifellos ist, daß vorläufig viel zu wenig Erfahrung vorliegt, um einen solchen Schritt der Gesetzgebung zumuten zu können. Aber gelöst muß auch das Arbeitslosenproblem einmal werden. Welches Interesse kann eigentlich das Handwerk haben, die Fürsorge für die schuldlos gewordenen Arbeiter zu hinterfragen? Warum sollen nicht die Gemeinden versuchen, in irgend einer Weise den schweren Folgen der Arbeitslosigkeit durch Einrichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungen vorzubeugen, wie dies verschiedene Städte in Deutschland mit Erfolg tun? Was liegt ihm von den genannten Gemeinden den Arbeitgebern nicht zugemutet worden. Beiträge zu leisten, vielmehr Listen die Beiträge ausschließlich die Arbeiter selbst, und die Städte geben einen Zuschuß. Diese harteherzige Stellungnahme den Arbeitslosen gegenüber ist außerordentlich bedauerlich und in keiner Weise geeignet, dem Handwerk die Sympathien in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen zu erhalten.

3. Endlich wird von den Kandidaten verlangt: Eintritt für den Schutz der Arbeitswilligen. „Schutz der Arbeitswilligen“ ist ein beachtbarer Begriff. Die Gesetzgebung schützt heute schon die Arbeitswilligen nach unserer Auffassung in ausreichender Weise. Man sehe sich nur die ganz horrenden Strafen an, die oft wegen ganz geringfügiger Vergehen gegen die Streikenden, welche Arbeitswillige belästigt haben, verhängt werden. Unter Schutz der Arbeitswilligen begreift heute die deutsche Arbeiterschaft, ohne Ausnahme der Richtung, Ausnahmestrichen gegen die Gewerkschaften, Beschäftigung des Koalitionsrechts. Hier liegt der alleregefährlichste Punkt in den Forderungen des Innungsamtschusses, und es ist nicht ersichtlich, welchen Anlaß gerade das Handwerk haben kann, solche Forderungen aufzustellen.

Mit der Aufstellung dieser letzten drei Forderungen hat der deutsche Innungsamtschluß sich in einen scharfen Gegensatz zu der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die auf ihren verschiedenen Kongressen insbesondere die Errichtung von Arbeitskammern und die Sicherung des Koalitionsrechts verlangt hat, also das Gegenteil von dem, was der deutsche Innungsamtschluß bei Reichstagskandidaten provoziert. Damit ist ein Konfliktpunkt gegeben, der für die nächsten Reichstagswahlen, für die Wahl bürgerlicher Kandidaten verhängnisvoll werden muß. Es kann als vollständig ausgeschlossen gelten, daß Kandidaten, welche sich auf die oben genannten drei Forderungen festgelegt haben, irgend eine Unterstützung seitens der christlich-nationalen Arbeiterschaft erhalten können. Es wäre deshalb dringend wünschenswert, daß der deutsche Innungsamtschluß in nochmalige Beratung treten würde zwecks einer Umänderung seines Programms. Er hat dazu umsomehr Veranlassung, als die Wahl von Handwerkervertretern in den Reichs- und Landtag doch durchweg nur geschehen kann mit Unterstützung der national gestimmten Arbeiter. Macht man diesen das Eintreten für Handwerkerkandidaturen durch solche Forderungen unmöglich, dann liegt die Schuld nicht auf unserer Seite, sondern auf Seiten derjenigen, die solche Forderungen aufgestellt haben, denen nicht bloß kein national denkender Arbeiter zustimmen kann, sondern überhaupt niemand, der den Fortschritt unserer sozialen Gesetzgebung im Interesse der Gerechtigkeit und des Ausgleichs der Gegensätze wünscht.

### 100 Jahre Firma Krupp!

Auf ihr hundertjähriges Bestehen konnte am 20. November dieses Jahres die Firma Krupp in Essen zurückblicken. In diesem Tage des Jahres 1811 eröffnete Friedrich Krupp seine Werkstatt zur Herstellung von Gußstahl. Aus kleinen Anfängen hat sich das Krupp'sche Werk innerhalb eines Jahrhunderts zu einem Unternehmen von Welt- und internationaler Bedeutung entwickelt. Unsere Leser wird es darum auch interessieren, einiges über die Entwicklung dieses Riesenerwerkes zu erfahren. Die königliche Volkszeitung berichtete darüber in ihrer Nr. 990 folgendes:

Die Entwicklungs-geschichte des Werkes weist manches interessante Moment auf. Nachdem Friedrich Krupp bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts auf der Gütshofnungshütte, die früher im Besitze der Familie Krupp gewesen war, in Gemeinschaft mit anderen Technikern Versuche zur Herstellung von Gußstahl gemacht hatte, errichtete er auf der sog. Wälzmühle bei Altenessen die erste Fabrikanlage. Das junge Unternehmen war aber anfangs so wenig vom Glück begünstigt, daß der Betrieb bald wieder eingestellt werden mußte. Krupp setzte inzwischen seine Versuche fort und entdeckte im Jahre 1816 das Verfahren, einen brauchbaren Gußstahl in Regeln herzustellen. Sofort machte er seine Fabrik wieder auf, und noch in demselben Jahre erfolgte seine erste Bestellung auf Lieferung von Hohlstahl in Slangen und Blechen. Nebenbei fabrizierte Krupp Gewerkschaften, Münzstampel und Walzen, Luchtschweißblätter, Hammerstempel u. s. w.

Im Jahre 1818 verlegte Krupp seine Fabrik nach Essen an die Stelle des heutigen Werks. Dort begann er nun mit der Errichtung des Schmelzhauses und eines eisernen Wohnhauses für sich und seine Familie, welches 1823 bezogen wurde. In dem neuen Schmelzhaus erfolgte 1819 der erste Guß und Krupp nahm nun die Herstellung weiterer Fertigfabrikate wie Sägen, Rängen, Schneidwerkzeuge u. s. w. auf. Die Krupp'schen Fabrikate erregten durch ihre Güte bald allgemeine Aufmerksamkeit und 1822 hatte Krupp die Genehmigung, seinen Gußstahl durch den Verein zur Verbesserung des Gewerbesleibes belobigt zu sehen. Trotzdem wollte das

Unternehmen nicht recht vorwärts kommen. Die Fabrik mußte zeitweilig geschlossen werden, und Friedrich Krupp hätte sein ganzes Vermögen ein. Alle diese Widerwärtigkeiten warfen den geprüften Mann auf ein langes Krankenlager, von dem er sich nicht wieder erholen sollte. Er starb am 8. Oktober 1826.

Zuletzt der Witwe Krupp übernahm nun der vierzehnjährige Sohn Alfred mit außerordentlicher Lafracht und Umjucht die Leitung der schwerverwalteten Fabrik, die damals sechs Arbeiter beschäftigte. Für die Familie Krupp begann nun eine lange Lebenszeit voller Not und Entbehrungen, bis sich ganz allmählich dank der Fähigkeit und Willenskraft des jungen Alfred das Werk wieder hob. 1830 errichtete Krupp auf der Wälzmühle eine Wälzschleiferei und begann nun die Fabrikation von Walzmaschinen. In den Jahren 1835—37 konnte sogar zu Erweiterungsbauten geschritten werden. Es entstand ein Hammerwerk und eine mechanische Werkstatt. In den nächsten Jahren erfolgte dann die Aufstellung und Inbetriebnahme der ersten Dampfmaschine und die Inbetriebnahme eines 450 Pfund schweren Kammer, wogegen der Hammerbetrieb auf der Wälzmühle wieder eingestellt wurde. 1844 besichtigte Krupp die Berliner Ausstellung vaterländischer Gewerkszeugnisse mit zwei Gelehrten aus Gußstahl, sowie mit kunstfertigen Kürassiers aus Gußstahlplatten und wurde mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Fabrik hatte jetzt 142 Angestellte. Bis zum Jahre 1848 mußte sich Alfred Krupp mit seinen Brüdern in die Leitung der Fabrik teilen, wodurch er sich außerordentlich behindert fühlte. Er fand deshalb seine Brüder ab und machte sich zum alleinigen Leiter und Besitzer des Werkes. Die Zeit der großen politischen Krisis hatte eine tiefe wirtschaftliche Depression zur Folge. Auch die Krupp'sche Fabrik wurde natürlich in Mitleidenenschaft gezogen und Alfred Krupp sah sich genötigt, die Hälfte seiner Arbeiter zu entlassen. Jedoch Erfindung neuer Erfindungen führte er weitere Fabrikationszweige ein, nämlich die Herstellung von Eisenbahnwagenachsen und -federn, Schiffswellen und Radreifen, die er auf Grund seiner eigener Erfindung ohne Schweißung herstellte.

Dazu kam endlich die Aufnahme der Geschützfabrikation. Schon 1847 faßte Krupp den Gedanken, aus seinem vorzüglichen Gußstahl Kanonen zu fabrizieren, die damals aus Gußstahl oder Bronze hergestellt wurden. 1851 war Krupp schon in der Lage, die Internationale Industrie- und Kunstausstellung zu London mit einem Sechspfünder-Geschütz aus Gußstahl und einem Gußstahlblock von 4500 Pfund zu beschicken, die ungeheures Aufsehen erregten. Krupp bot seine Kanonen zunächst Preußen an, das damals gleich vielen anderen europäischen Staaten seine Artillerie neu bewaffnete. Man begegnete den Gußstahlkanonen noch mit einigen Mißtrauen, zumal die Krupp'schen Geschütze trotz des vorzüglichen Materials, noch manche Mängel in der Konstruktion aufwiesen. Man wies Krupp ab und entschied sich für die Bronzekanonen. Nachdem Krupp erhebliche Verbesserungen an seinen Kanonen vorgenommen hatte, stellte er sie fremden Staaten zu Versuchen zur Verfügung. Der Erfolg war der, daß die erste größere Bestellung von 36 Geschützen durch Ägypten einlief. Damit wurde Krupp mit einem Schlage bekannt. Preußen entschloß sich gleichfalls, der Fabrik 300 Kanonen im Auftrag zu geben, wodurch die Zukunft der Werke auf längere Zeit hinaus gesichert wurde. Die preuzische Bestellung war in der Hauptsache auf die Initiative des Prinzregenten, nachmaligen Kaiser Wilhelm I. zurückzuführen, der die Werke 1853 besuchte hatte.

Krupp war jetzt in der Lage, erheblich zu erweitern; er verfügte 1856 bereits über 1000 Arbeiter. Von allen Seiten liefen jetzt Aufträge ein und die Krupp'schen Erzeugnisse genossen bald Weltrenum. Um sich möglichst unabhängig zu machen, erwarb Krupp Eisenbergungen und Kohlenzechen im In- und Auslande. In den achtziger Jahren beschäftigten die Werke etwa 15 000 Arbeiter. In seinem Lebensabend konnte Alfred Krupp auf ein an Erfolgen reiches gigantisches Lebenswerk zurückblicken. Bei allen geschäftlichen Erfolgen ist Alfred Krupp stets in väterlicher Weise um das Wohl seiner Arbeiter besorgt gewesen. Mannigfache soziale Einrichtungen, die er geschaffen hat, setzen ihm für alle Zeiten ein Denkmal im Herzen seiner Arbeiter. Am 14. Juli 1887 starb er. An dem kleinen Ahnenhäuschen, in dem er sein

Sicherlich hat Kollege Siebert mit diesen Ausführungen im allgemeinen die Anschauung der gesamten christlichen Arbeiterschaft wiedergegeben. Es ist eben etwas Unabwendiges von unseren christlichen Gewerkschaftern verlangt, Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich auf ein solches, den einseitigen Forderungen des Arbeitgeberstandes gegenüberstehendes Programm festgelegt haben. Es wird deshalb notwendig sein, daß unsere Kollegen sich rechtzeitig vergewissern, ob der Kandidat ihrer Partei sich etwa dem deutschen Stimmungsausschlag und seiner Scharfmacherei verschrieben hat.

### Gleiches Koalitionsrecht für alle Staatsbürger!

Der Zentralverband Deutscher Industrieller bezieht nach wie vor „Sozialpolitik“ in seiner Weise. Auf der letzten Berliner Tagung am 7. November widmete er wieder seine besondere Fürsorge dem — Arbeitswilligen. Zwar war es nicht mehr Dued, der den Geschäftsbericht erstattete, sondern sein Amtsnachfolger Neg.-Rat a. D. Dr. Schwelghofer. Doch muß man es diesem Geschäftsbericht nachsagen, daß er die Buedschen Traditionen zu „Ehren“ brachte. Der Berichtshalter forderte für die Eindämmung der Unruhenbewegungen und des damit verknüpften „Stils rücksichtsloser Werbungen“ Terrorismus der Streikenden einen erhöhten Schutz der Arbeitwilligen. Interessant ist auch, was der Vortragende da über die Stellung der Industriellen zum Koalitionsrecht der Arbeiter sagte: „Der Zentralverband hat nie Stellung gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter genommen. Er hat dazu auch keinen Anlaß, da er selbst dieses Recht für seine Mitglieder in Anspruch nimmt und bemüht ist, die Arbeitgeber zu organisieren zur Abwehr gegen die Angriffe der sozialdemokratischen Organisationen. Aber es muß als ein unbefriedigendes Recht des Arbeitgebers gefordert werden, das Arbeitsverhältnis mit seinen Arbeitern in seinem Betrieb unter Ausschluß aller außenstehenden Elemente zu ordnen.“ Das heißt doch nun nichts anderes wie: „Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber — sie dürfen keinen praktischen Gebrauch davon machen.“ Man sieht aber aus dieser Probe auch schon zur Genüge, daß der neue Geschäftsführer des Zentralverbandes ebenfalls die Buedsche Methode kennt, die da heißt: auf die Arbeiterschaft zöhlagen und Sozialdemokratie dabei sagen. Dieser Methode entspricht auch toll und ganz die von den Herren angenommene Resolution betr. „Schutz der Arbeitwilligen“, die folgenden Wortlaut hat:

„Ungeachtet der immer drohender werdenden Verstärkung der Arbeitskämpfe und des immer rücksichtsloseren Machtgebrauchs der Streikgewerkschaften erachtet der Zentralverband Deutscher Industrieller es für unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch dafür Sorge tragen, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter vor dem Terrorismus dieser Partei und ihrer Organisationen zu bewahren. Der Erfolg derartiger gesetzlicher Maßnahmen liegt im eigenen Interesse der Arbeiterschaft wie im Interesse der staatlichen Ordnung. Die schrankenlose Weiterentwicklung des sich ständig verschärfenden Massenkampfes wird der Industrie sowie dem gesamten heimischen Gewerbe die Aufgabe der nationalen Wohlfahrt zu dienen, immer mehr erschweren, wenn nicht eines Tages ganz unmöglich machen.“

In der Erklärung über die vorstehende Resolution ließ es sich auch der alte Dued nicht nehmen, für den ihm so sehr am Herzen liegenden „Arbeitwilligen“ eine Banne zu brechen. Er behauptete — wie immer —, daß der Zentralverband gar kein Ausnahmengesetz wolle; auch die Justizhausvorlage sei niemals als Ausnahmengesetz gedacht gewesen. Bestimmungen zum verschärften Arbeitwilligenschutz könnten in das Strafgesetzbuch, dessen Revision bevorsteht, hineingearbeitet werden. Auch die Bemerkungen der Besize über ein angeblich scharfmacherisches Vorgehen des Zentralverbandes dürfe man sich nicht einschüchtern lassen.

Gegen diesen erneuten Versuch des Scharfmachertums zur Vertümmung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft wendet sich in Nr. 6 der „Sozialen Praxis“ Herr Prof. Dr. Franke mit sehr beachtenswerten Ausführungen. Nach einer Schilderung des Koalitionsrechtes und der heutigen Rechtslage kommt der anerkannte Sozialpolitiker zu dem Schluss, daß gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung die gewollte Wirkung nicht haben könnten. Dadurch würden nicht einige äußere Mißbildungen weggewaschen, sondern die Erbitterung und der Haß im Innern müßte eine gefährliche Wirkung erzeugen. „Und wenn der Haß nach Polizei und Staatsgewalt gar von denjenigen ausgeht, die

selbst alle Möglichkeiten des Koalitionsrechtes mißbrauchen, Verhandlungen aber und Verträge mit Arbeitern grundsätzlich ablehnen und mit Mißbrauchsperren die deutsche Volkswirtschaft und den sozialen Frieden schädigen, so ist ein solches Gebaren unerträglich.“ Die Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber liebe mit ihren Arbeitern in Frieden. Die meisten Lohnbewegungen würden auf friedlichem Wege erledigt.

„Um so schärfer ist, daß die Käufer zum Streik immer wieder das Ohr der Regierenden zu gewinnen müssen und ihr eigenes Interesse als Staatsnotwendigkeit vorzulegen. Wenn daher wirklich die in den Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller und im Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuches niedergelegten Vorschläge zur Einschränkung des Koalitionsrechtes der gewerblichen Arbeiter und zur strengeren Abmahnung der Streikeregehen gesetzgeberische Gestalt gewinnen, so muß sich gegen solch Beginnen ein Protest erheben, nicht nur aus der Arbeiterschaft, sondern auch aus dem Bürgertum, und zwar ein Protest, der sowohl Verschlechterungen abwehrt, als auch Verbesserungen zum Ziele hat!

Solche Reformen müssen darauf bedacht sein, die Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeiter zu kräftigen und zu festigen, die Autorität ihrer Führer zu erhöhen und die Disziplin der Mitglieder zu sichern. Es müssen alle Strafparagrafen und Gesetzesbestimmungen fallen, die sindiger Rechtsprechung Strafe liefern, um Verhandlungen und Verträge zwischen den Parteien zu unterbinden. Mit allem Bedacht müssen vielmehr Vorkehrungen geschaffen werden, die den Weg zu solchen Verhandlungen und Verträgen ebnen. Das sind die wirksamsten Mittel, um Arbeitskämpfe zu verhüten.“

Sodann fordert Herr Prof. Dr. Franke gleiche Koalitionsrechte für alle Staatsbürger. Eingehend legt er dar, daß die heutigen Gesetze ausreichen, um Mißbräuche des Koalitionsrechtes zu ahnen. Weitere dahinzielende gesetzliche Bestimmungen seien deshalb nicht notwendig.

„Wo aber Mißbräuche des Koalitionsrechtes vorkommen, da richte man mit gleichem Maße. Der Arbeiter, der gegen die Koalitionsfreiheit kündigt, ist nicht schlimmer als der Arbeitgeber, der die Arbeiter im Gebrauch der Freiheit hindert. Es muß scharf aufgeräumt werden mit dem Grundsatze, daß Treue nur aus dem Grunde strenger bestraft werden dürfte, weil sie von Arbeitern und in Arbeitskämpfen verraten worden sind.“

Man strafe alle Streikeregehen Belästigungen, Beschimpfungen, Mißhandlungen, Körperverletzungen — kurz alle Taten der Rohheit so streng, wie es sich gebührt, aber man richte sie mit demselben Maße, der überall sonst für Taten derselben Art angewendet wird. Und man lasse dem einen wie dem anderen die Wohlfahrt miteinander umstände zuteil werden, die der Richter für die Wahrung berechtigter Interessen und für lebensfähige Bewegung, da zulässig, wo nicht unerbittliche Notwendigkeit davorsteht. Das von Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1889 bei Eröffnung der ersten Kaiserkrone für Unfallversicherung zu dem Präsidenten Voebler und dem Abgeordneten Reeltke geprüfene Wort: „Es kommt vor allem darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind,“ wird nirgend sinnfälliger und öfter läger gestraft als in der Gesetzgebung und Rechtsprechung über Koalition und Streik.“

Es ist geradezu ein verhängnisvolles Beginnen, diese jetzt herrschende Ungerechtigkeit künftig noch weiter verschärfen zu wollen — doppelt verhängnisvoll im jetzigen Augenblick, wo Unruhen und Not an Millionen von Arbeitertüren pochen; ist doch das freie Koalitionsrecht die stärkste Waffe der Selbsthilfe der Arbeiter, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.“

Auch wir sehen mit Herrn Prof. Dr. Franke auf dem Standpunkte, daß wir statt einer Einengung einer Sicherung des Koalitionsrechtes bedürfen. Einer Sicherung besonders auch in der Weise, daß danach den Koalitionsverboten der Herren Scharfmacher ein Ende gemacht wird. Mag auch mancherorts die sozialdemokratische Gewalttätigkeit schon unerträglich geworden sein — für die Volksgewalt nur des Zentralverbandes deutscher Industrieller bedanken wir uns ganz entschieden. Um einen krassen Zahn los zu werden, läßt sich doch kein vernünftiger Mensch den Haß abschreiben. Wir christlichen Arbeiter verlangen darum mit Herrn Prof. Dr. Franke „gleiches Koalitionsrecht für alle Staatsbürger.“ Und wenn die Sozialdemokratie fortfahren sollte, uns dieses Recht durch Terrorismus streifen zu machen, so werden wir schon Mittel und Wege finden, diesen Leuten das arbeiter- und gewerbebeschädigende Treiben auf andere Weise gründlich zu verleiden.

### Zur Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Reichskanzler veröffentlicht im Reichsgesetzblatt die Vorschriften über die Einrichtung der Quittungskarten für die neue Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie über das Entwerfen und Verändern der Beiträge- und Zusatzmarken. Die neue Versicherung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft. Mit diesem Tage haben die bisherigen Beitragsmarken (Lebensmarken) ihre Gültigkeit verloren, da andere Marken geklebt werden müssen.

Es werden ab 1. Januar 1912 geklebt:

In der 1. Lohnklasse	Marken zu 16 Pf
" " 2. "	" " 24 "
" " 3. "	" " 32 "
" " 4. "	" " 40 "
" " 5. "	" " 48 "

Anstelle der bisherigen Quittungskarten treten am 1. Januar neue Quittungskarten und dürfen solche nach dem alten Muster nicht mehr ausgegeben werden. Die bis zum 1. Januar ausgegebenen Quittungskarten alten Musters dürfen innerhalb zweier Jahre nach dem Ausstellungsstage und, wenn ihre Gültigkeitsdauer durch Abstemmung verlängert ist, bis zu letzterem Zeitpunkt weiter verwendet werden. Vom 1. Januar ab dürfen Verlängerungskarten in den Quittungskarten nicht mehr angebracht werden.

Die Quittungskarten für die Pflichtversicherten werden in gelber Farbe hergestellt, für Selbstversicherten in grauer Farbe.

Für solche Personen, welche sich selbst versichern, ist die Benutzung von gelben Karten bei Strafe verboten. Dagegen haben diejenigen Personen, welche der Pflichtversicherung angehört haben, falls sie sich selbst weiter versichern, gelbe Karten zu benutzen.

Zur Vermeidung des Verlustes der Ansprüche sind die Quittungskarten binnen zwei Jahren nach dem Tage der Ausstellung zum Umtausch einzureichen.

Alle Ansprüche, auch die auf Grund früherer Karten erworbenen, gehen verloren, wenn nicht innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Beitragsmarken für Versicherungspflichtige und nicht mindestens 40 Beitragsmarken für Selbstversicherte geklebt worden sind.

Für Versicherungspflichtige sind dann noch folgende Vorschriften aus der Reichsversicherungsordnung auf die gelben Quittungskarten aufgedruckt:

§ 1424 der Reichsversicherungsordnung. Die Karte darf nur die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben enthalten und keine besonderen Merkmale tragen; vor allem darf aus ihr nichts über Führung oder Leistungen des Inhabers zu entnehmen sein. Marken, die dagegen verstößen, hat jede Behörde, der sie zugehen, einzuhalten und durch neue zu ersetzen. Die nachweisbaren Beiträge werden beglaubigt übertragen. Die beteiligten Versicherungsanstalten werden benachrichtigt.

§ 1425. Niemand darf eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückhalten. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umtausches, der Berichtigung, Aufrechnung, Uebertragung, Beitragsüberwachung oder beim Eingangsverfahren zurückhalten.

Der Karten dieser Vorschrift zuwider zurückbehaltend, ist dem Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortspolizeibehörde nimmt die Karte ab und kündigt sie dem Berechtigten aus.

§ 1426. Wer Quittungskarten mit unzulässigen Eintragungen oder mit besonderen Merkmalen verfährt, kann vom Versicherungsausschuss mit Geldstrafe bis zu 20 Mark bestraft werden. Mit der gleichen Strafe kann bestraft werden, wer in Quittungskarten den Vordruck fälschlich ausfüllt oder die zur Ausfüllung des Vordrucks einzutragenden Worte oder Zahlen verfälscht oder wesentlich eine solche Karte gebraucht.

Wer die Eintragungen, Merkmale oder Ziffern in der Absicht macht, den Inhaber der Karten gegenüber kenntlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Bei mildernden Umständen kann statt der Gefängnisstrafe auf Haft erkannt werden.

Eine Verfolgung wegen Urkundenfälschung (§§ 267, 268 des Reichs-Strafgesetzbuches) tritt nur gegen Personen ein, welche die Fälschung in der Absicht begangen haben, sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder anderen einen Schaden zuzufügen.

Für Selbstversicherte gelten folgende Bestimmungen auf der gelben Quittungskarte:

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte, in ähnlicher gehobener Stellung, nämlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Geiseln und Lehrlinge in Apotheken, Bäumen- und Druckereiarbeiter ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, Lehrer, und Erzieher, endlich Schiffer, Voraussetzung ist, daß der regelmäßige Jahresarbeitserdienst dieser Personen mehr als 2000, aber nicht über 3000 Mark betragt.
  2. Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende.
  3. Personen, die reichsrechnungsfrei sind, weil für ihre Beschäftigung als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, oder weil es sich um vorübergehende Dienstleistungen handelt.
- Die unter 1 bis 3 Genannten können die Selbstversicherung beim Auscheiden aus dem Verhältnis, das die Berechtigung begründet hat, fortsetzen oder später erneuern (§ 1243 der Reichsversicherungsordnung.)

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Die Tabakarbeiterausperrung in Westfalen und Norddeutschland

besteht un verändert weiter. Der Fabrikantenverband hat sich sonderbarerweise nicht zu der Feststellung geäußert, daß er dieselben Einigungsverschlüsse abgelehnt hat, die sein bevollmächtigter Vertreter angeregt und mit ausgearbeitet hat. Allen Anschein nach halten die Fabrikanten die Aussperrung besonders deshalb hin, um den durch die lange Produktionsunterbindung von 14000 Arbeitern entstehenden Zigarrenmangel zu einem Preisauflschlag auszunutzen. Die während der Aussperrung weniger verarbeiteten Zigarren werden auf 65000 Mille geschätzt. Das entspricht einer Verringerung der Produktion von 5200 Doppelzentner Rohstaab. Da in Westfalen, Hamburg, Bremen usw. in der Hauptsache in mittleren, und besseren Preislagen fabriziert, also viel ausländische Tabake verarbeitet werden, erleidet auch die Staatskasse empfindliche Verluste durch Ausfall an Zoll usw. Da es sich um recht bescheidene Forderungen niedrig entlohnter Tabakarbeiter bei wenigen Firmen handelt, so ist es unbegreiflich, daß die Fabrikanten zu einem solchen folgenschweren Schritt gegriffen haben. Dies umsomehr, als sie sich selbst durch Erhöhung der Fabrikatspreise nach der Steuer reichlich schablos gehalten haben und wohl in der Lage wären, die Arbeiter etwas besser zu entlohnen. Letztere haben den Willen, auf alle Fälle durchzuhalten und jünden nachhaltige Unterstützung bei der ganzen deutschen Arbeiterschaft. Auch der christliche Tabakarbeiterverband Westreichs hat dem christlichen Tabakarbeiterverband namhafte Summen angeboten. Wir erjuchen unsere Mitglieder, schnell und reichlich sich an den ausgegebenen Sammlungen zu beteiligen.

#### Ueber die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften

wird in der gegenwärtigen Presse oft der größte Unfimm geschrieben. Dabei kommen oft die größten Widersprüche vor. In der Regel heißt's in der sozialdemokratischen Agitation, die christlichen Gewerkschaften seien Schutzgruppen der Zentrumspartei, Zentrumsgewerkschaften, wie das abgeleitete Schlagwort lautet. Je nachdem es der sozialdemokratischen Taktik dienlich erscheint, hört man's aber auch anders. So schrieb die „Düsseldorfer Volkszeitung“ Nr. 222/1911:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-national-liberal und christlich-sozial-antijenseitliche Arbeiterschaften gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Noch besser will es die Chemnitzer „Volksstimme“ wissen, die am 26. September in einer Polemik gegen ein dortiges bürgerliches Organ schrieb:

„Man, daß die Christ-Veränderchen eine Schutztruppe der Freimaurer, die Christlichen die der National-

forgerichte Jugend verbrachte und das man pietätvoll bis auf den heutigen Tag erhalten hat, wurde er aufgebahrt und von dort trat man ihn zu Grabe.

Die Leitung der Werke ging nun auf seinen einzigen Sohn Friedrich Alfred über, der ganz im Sinne seines großen Vaters wirkte. Wenn Friedrich Alfred Krupp wegen seiner von Jugend auf schwankenden Gesundheit nicht seine ganze Kraft den Werken widmen konnte, so riefte das Unternehmen schon auf einem derart stabilen Fundament, daß es einen immer glänzenderen Aufschwung nahm. Immer neue Hilfsquellen wurden erschlossen. Das Gußstahlwerk F. Alfreds u. Co. in Annen war bereits durch Alfred Krupp angekauft worden. Sein Sohn erwarb noch dazu 1893 das Grusonwerk in Magdeburg und 1896 die Germaniawerk in Kiel. Eine weitere Neuschöpfung Friedr. Alfr. Krupps ist die Friedrich-Alfr. Hütte in Rheinhausen bei Duisburg. Sie wurde 1896 in Angriff genommen konnte aber erst nach seinem Tode vollendet werden. Die von Alfred Krupp geschaffenen sozialen Einrichtungen baute er immer weiter aus und fügte eine ganze Reihe Neuschöpfungen hinzu unter denen der berühmte Altenhof, das idyllische Heim der alten Arbeiterpensionäre, als seine Lieblingschöpfung gilt.

Nach dem am 22. November 1902 erfolgten Tode Friedrich Alfred Krupps wurden die Werke gemäß seiner testamentarischen Bestimmung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, da ein männlicher Erbe nicht vorhanden war. Der gesamte Aktienbesitz befindet sich jedoch in den Händen der Familie Krupp. 1906 heiratete die älteste Tochter Bertha den Vegetationsrat Dr. v. Bohlen u. Halbach, wodurch den Werken wieder ein männlicher Leiter gegeben wurde. Der Kaiser gestattete Herrn v. Bohlen, für sich und den jetzigen ältesten Sohn den Namen Krupp v. Bohlen u. Halbach zu führen, damit der Name Krupp erhalten bliebe.

Auch nach dem Tode Friedr. Alfred Krupps nahm die Entwicklung der Werke ihren ungehinderten Fortgang und heute beschäftigen die Werke Betriebe mit samt den Außenwerken insgesamt etwa 70000 Personen.

Werkern bilden, das weiß das Volk so gut wie wir, es hätte auch gegen die Politik der („freien“) Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn sie nationalliberal gerichtet wäre.“

Diese widerspruchsvollen Behauptungen seien nur neben- einander gestellt und hinzugefügt, daß weder die eine noch die andere der Wahrheit entspricht. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre parteipolitische Neutralität bisher streng gewahrt und werden es auch in Zukunft tun. Sie sind von keiner Partei abhängig; ihren Mitgliedern lassen sie vollständig freie Hand, welchen bürgerlichen Parteien sie sich anschließen wollen. Von der Sozialdemokratie trennt sie allerdings eine tiefe Kluft, aber wie der Sozialistenschüler Sömelburg sagte, eine ganze Weltanschauung.

### Ueber ein christliches Arbeitsmonopol

Im Regensburger Buchbindergewerbe hat sich die sozialdemokratische Presse kürzlich gewaltig entzündet. Dort haben drei große katholische Verlagsanstalten einen neuen Tarifvertrag nur mit dem christlichen Verband abgeschlossen und sollen ferner erklärt haben, daß sie nur noch christlich-organisierte Buchbinder einstellen würden.

Das nennt die sozialdemokratische Presse in einem längeren Entrüstungsartikel „unlauteren Zwang“, „Schlag gegen die Koalitionsfreiheit“, „Terrorismus der Unternehmer“ usw. Das bringt dieselbe sozialdemokratische Presse fertig, die es ganz selbstverständlich findet, daß in sozialdemokratischen Parteibetrieben christliche Gewerkschaftler per se ausgeschlossen sind. Welches Parteibrüderchen würde z. B. einen christlich-organisierten Buchbinder beschäftigen? In den roten Konsumvereinen heften sogar Tarifverträge, die ausdrücklich ein Monopol für die sozialdemokratischen Verbände enthalten. Und sozialdemokratische Gewerkschaften waren es, die im heutigen Chemi- graphengewerbe, im habsburger Löffelgewerbe und in vielen Einzelbetrieben rote Arbeitsmonopole durchgedrückt und den brutalen Grundsatz aufgestellt haben: Entweder rot oder kein Brot.

Wo bleibt hier die moralische Entrüstung der sozialdemokratischen Presse? Da hat von ihr noch niemand ein Wort der Kritik gehört, im Gegenteil, diesen „unlauteren Zwang“, diesen „Schlag gegen die Koalitionsfreiheit“ stellt dieselbe sozialdemokratische Presse als „erlaubtes und kulturförderndes Mittel“ hin und rechnet solchen Terrorismus den „Genossen“ noch als „Verdienst“ an. Diese Heuchlerpresse hat das Recht verlor, sich über das Verhalten der Regensburger christlichen Verlagsfirmen zu entrüsten.

In Regensburg hat sich die in Betracht kommende christliche Organisation, der Graphische Zentralverband, bei den Arbeitgebern dafür verwandt, auch den sozialdemokratischen Buchbinderverband zu den Tarifverhandlungen zuzulassen, was die Unternehmer aber strikte ablehnten. Die naive Zumutung der „Genossen“, die christlichen Gehilfen sollten zwecks Anerkennung des roten Verbandes auf den Tarif verzichten und in den Streik treten, wurde vom christlichen Verband natürlich abgelehnt, der dann einen Tarifvertrag mit wesentlichen Verbesserungen für die Gehilfen abschloß. Die christlichen Arbeiter haben in dem Fall also durchaus lokal im Interesse der Arbeiter gehandelt. Den terroristischen, monopolistischen Sozialdemokraten aber wird diese Bewegung hoffentlich das Sprichwort in Erinnerung bringen: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.“

### Sozialdemokratischer Terrorismus und Koalitionsfreiheit

Im Hinblick auf den überhandnehmenden Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist gegen die führenden Kreise der letzteren mit Recht der schwerwiegende Vorwurf erhoben worden, daß sie nichts tun, um dieser bewährlichen Erscheinung entgegenzuwirken, daß im Gegenteil nur zu oft der Gewissenszwang gutgeheißen und zum Terrorismus geradezu aufgefordert wird. Um so beachtenswerter ist der Umstand, daß der „Grundstein“, das sozialdemokratische Bauarbeiterorgan, in seiner Nr. 45, 1911 endlich einmal ein Wort des Tadelns findet und seine Mitglieder ernstlich ermahnt, von Vergewaltigungen christlicher Arbeiter abzulassen. Der „Grundstein“ will zwar die von christlicher Seite angebrachten Terrorismusfälle nicht alle gelten lassen, die zum Teil übertrieben, zum Teil unwahr seien. Dann kommt jedoch folgendes Eingeständnis:

„Wer all das berüchtigt, bleibt für uns doch die Wahrscheinlichkeit, daß sich manche unserer Mitglieder Vergewaltigungen christlich-organisierter Berufsgenossen zuzuschulden kommen lassen, die gut zu heißen oder auch nur zu entschuldigenden wir aus Gründen der Humanität und aus wohlabgewogenem Organisationsinteresse weit von uns weisen. Wir bitten unsere Mitglieder dringend, sich solcher durchaus verletzter Agitationsmethoden nicht zu bedienen.“

Der „Grundstein“ fügtet, daß bei einer Fortsetzung dieser Gewalttätigkeit das Koalitionsrecht in Gefahr komme, durch gesetzliche Maßnahmen verknüppert zu werden. Ob nun aber auch sein Mahnruf bei den „Genossen“ Erfolg haben wird, kann füglich bezweifelt werden, denn der Haß gegen Andersdenkende ist den Sozialdemokraten zu tief eingepflanzt, die roten Erziehungsfrüchte wollen austreiben. Zudem steht der „Grundstein“ mit seinem „mea culpa“ allein auf roter Erde, diese Eingeständnisse eines Aufgebens wird in der roten Wüste ungehört verhallen, oder gar Widerspruch auslösen. So höhnt schon der sozialdemokratische „Zimmerer“ Nr. 46, über seinen Bauarbeiterkollegen, er bemühe sich um die Freundschaft der Christlichen in einer Weise, die verdient festgehalten zu werden.“ Von einer zustimmenden Anerkennung zu der Ablehnung des Terrorismus keine Spur. Treiben aber die „freien“ Gewerkschaften ihr gefährliches Spiel weiter, so haben sie die Verantwortung für die Folgen allein zu tragen.

### Sozialdemokratische Brüderlichkeit

Wenn im christlichen Lager einmal Meinungsverschiedenheiten ausbrechen, so wird das von der sozialdemokratischen Presse gierig aufgegriffen und auszunutzen versucht. Die Wüste der Sozialdemokratie z. B. manusegt in dem Gewerkschaftsrecht zwischen „Sich Berlin“ und den christlichen Gewerkschaften; jedes scharfe Wort in diesen Auseinandersetzungen hat sie faulerlich registriert und ihrem Waffensarsenal einverleibt. Da sollte man eigentlich annehmen, daß unter den „Genossen“ eitel Liebe und Eintracht herrschen, niemals ein Wörtchen getrübt würde. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? In keinem Lager werden häßliche Zwistigkeiten mit solcher Leidenschaftlichkeit, oft ungezügelt bis zum Austrag getrachtet, wie in der Sozialdemokratie.

In drei sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern einer einzigen Wochen Ausgabe (Nr. 44, 1911) finden wir folgende „Brüderlichen“ Ausfälle gegen eigene Genossen: Der „Grund-

stein“ (Bauarbeiterorgan) wirft den roten Zimmerern Streikbruch vor und erhebt gegen einen Gauleiter des Zimmererverbandes nicht weniger als fünfmal den Vorwurf der „bewußten Lüge“. Die „Arbeits“, das Organ der sozialdemokratischen Boxellnarbeiter, bezeichnet Mitglieder des roten Fabrikarbeiterverbandes als Streikbrecher und reißt dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes, dem „Proletarier“, „Lügen und Verdrehungen“ unter die Nase. Und wie aus dem „Vereins-Anzeiger“ der sozialdemokratischen Maler und Anstreicher zu ersehen ist, hat ein Gauleiter dieses Verbandes von einem Gauleiter der Stuckateure schon „Nachpfeifen“ angeboten bekommen. Der „Vereins-Anzeiger“ veröffentlicht ferner einen Brief des Stuckateurbeamten, worin er seinem Freund und Bruder von den Malern u. a. folgende „Brüderlichkeiten“ ins Gesicht schleudert: „Schurken- streich“, „Lump“, „Dieb“, „Gaunerei die Krone aufsetzende Lausbubenstück“, „völlenteten Jbiditen“, „mit dem verbindesten Dreck besudelten Streit- und Jammersegen“. Das rote Malerorgan redet demgegenüber von „nichts würdigen Verleumdungen“ und „regelhafter Schreibweise“, die für einen Gauleiter eines freien Verbandes unwürdig sei.

Man, wenn der Mann in dieser Form nicht gegen eigene Genossen, sondern gegen die christlichen Gewerkschaften ankämpfen würde, wäre er ein großer Held und könnte es im roten Lager noch zu etwas bringen. Aus dem Angeführten geht übrigens zur Genüge hervor, daß es mit der zukunftsstaatlichen „Brüderlichkeit“ schlimm bestellt ist und daß die Genossen mehr wie genug vor der eigenen Tür zu fegen haben.

### Rundschau

Das Hausarbeitsgesetz, seit Jahren jährlich erwartet, scheint endlich unter Dach und Fach zu kommen. Den Anknüpfungspunkt des Ganzen bilden die Wohnämter. Mit jähher Beharrlichkeit liefern die Unternehmer Sturm dagegen. Schon einmal war es Herrn Straßmann, dem Syndikus des Bundes der Industriellen gelungen, den Gesetzentwurf zu Fall zu bringen. Jetzt ist im Reichstag von den Abgeordneten Behrens, Coerling, Henning, Mann, Dr. Pieper und Schmidt-Allenburg ein Sammelantrag gestellt worden, der wenigstens das momentane von der Regierung Erreichbare festzulegen sucht. Nach diesem Antrag soll dem Bundesrat das Recht gegeben werden, für bestimmte Gebiete und Gewerbegebiete, worin Hausarbeiter beschäftigt sind, Fachaus- schüsse einzurichten.

Diese Fachauschüsse sollen vornehmlich eine vermittelnde Tätigkeit ausüben, Gutachten erstatten, den Abschluß von Lohnabkommen und Tarifverträgen fördern usw. Ob damit den Wünschen der Heimarbeit Rechnung getragen wird, kann hülligeweise bezweifelt werden. Jedenfalls aber ist die Angelegenheit nun über den roten Punkt hinaus; die Schaffung der Wohnämter aber bleibt einer, hoffentlich nicht allzu fernem Zukunft vorbehalten.

Die Unterbeamten rühren sich. Mehr als 5000 von ihnen, die in ungefähr 20 Organisationen zusammengeschlossen sind, kamen gelegentlich des ersten deutschen Unterbeamtentages in Berlin zu einer Massenversammlung zusammen. Nach einigen Vorträgen wurde eine Erklärung angenommen, in der an die Regierung, Parlamente und Verwaltungen die bringende Bitte gerichtet wird, halbwegs eine ausreichende Erhöhung der Gehaltsbezüge der unteren Beamten zur Durchführung zu bringen und den augenblicklich bestehenden Notstand durch Bewilligung einer sofort zahlbaren Teuerungszulage zu lindern. Alle unteren Beamten werden zur Bildung von Konsumvereinen und Einkaufsgenossenschaften aufgefordert. Erwünscht sei ferner eine größere Einheitslichkeit in den Gehalts- und Anstellungsverhältnissen; eine Aufbesserung der Wohnungsgeldzuschüsse erscheine recht und billig; auch die Unkündbarkeit der unteren Beamten und Anstellung auf Lebenszeit, wie bei den höheren Beamtenkategorien, sei gerechtfertigt. Am Schluß heißt es: „Das von den unteren Beamten geforderte Leistungsmaß an Dienststunden bedarf einer Verminderung bezw. einer grundsätzlichen Regelung, weil bei verschiedenen Verwaltungen eine über- große Anspannung der Kräfte verlangt wird und außerdem bei einzelnen Behörden besondere Bestimmungen über das im Höchstmögliche zulässige Leistungsmaß noch nicht getroffen sind.“ Am gleichen Tage fanden in sechs anderen deutschen Städten Versammlungen der Unterbeamten statt, welche dieselbe Tagesordnung hatten.

Ueber die katholischen Arbeiterorganisa- tionen in Italien veröffentlicht das italienische Arbeitsamt das Ergebnis einer Erhebung, die schon vor drei Jahren begonnen wurde. Demnach bestehen heute in Italien 374 katholische Gewerkschaften mit rund 104 000 Mitgliedern, von denen 67 000 industrielle Arbeiter sind, während die übrigen der Landwirtschaft angehören. Über geographischen Verteilung nach befinden sich diese hauptsächlich in der Lombardie und in Venetien. Die Lombardie zählt allein fast 58 000 Mitglieder. Der größte Prozentsatz unter den einzelnen Berufen fällt auf die Textilindustrie — 33 042 Mitglieder. Die ersten Anfänge dieser Vereinigungen reichen bis in das Jahr 1894 zurück. Der eigentliche Aufschwung fällt aber in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts. Es sind bis jetzt 289 Sozialbewegungen durchgeführt worden. Davon verliefen 175 ohne Arbeitseinstellung und 114 führten zum Streik. Fast alle Streiks endeten nach den vorliegenden Angaben zu gunsten der Arbeiter. Aus der im Verhältnis zur Gesamtzahl der Sozialbewegungen, großen Zahl von Streiks ist ersichtlich, daß die Organisationen der katholischen Arbeiter Italiens, mit dem Prinzip der katholischen Fachabteilungen von „Sich Berlin“ nichts gemein haben. Sie nähern sich vielmehr den Grundzügen der christlichen Gewerkschaften. Die Hervorhebung des katholischen Charakters erklärt sich aus der einfachen Tatsache, daß es in Italien verhältnismäßig wenig Christen anderer Konfession gibt. Die Organisationen sehen wie wir im Gegensatz zu der ungläubigen religions- feindlichen Sozialdemokratie.

kaum ist das Röhrenschublat endgültig zu- stande gekommen und schon wieder erörtern die alten Klagen der Verbraucher. Die Sache verhält sich so: Früher kauften die Eisenwerke ihre bestimmten Röhrensorten bei solchen Werken, die ihren Erwartungen am besten entsprachen. Sie konnten dann die Gattierung ihrem Spezialbedarf entsprechend einrichten. Heute müssen die Eisenwerke das Röhren vom Syndikat kaufen. Das Syndikat garantiert aber nicht dafür, daß die Eisenwerke die gewünschten bestimmten Marken erhalten. Die Folge ist, daß das Röhrenschublat, um Ersatz

zu ersparen, den Verbrauchern das Röhren vom nächsten Güterwerk. Es ist selbstredend, daß bei dieser Geschäftspraxis den Eisenwerken geradezu unbrauchbare Marken auf den Hals geschickt werden. Am schlimmsten äußert sich dieser Uebelstand in den Potteriegießereien, die an und für sich bei ihren dünnwandigen Fabrikaten ein gut flüssiges Eisen haben müssen. Das läßt sich aber nur mit gleichbleibender Mischung erzielen. Jede neue Röhrensorte bedingt wiederholte Versuche, bei denen die Former die Leibragenden sind. Das Eisen läuft nicht, die Form wird nicht voll oder das Gußstück wird porös, kurzum, die Potterie wird unbrauchbar, wird verschlagen und der Former hat sich nichts gequält. Das Ganze löst naturgemäß eine Reihe von Streitigkeiten zwischen den Verarbeitungen und Eisenwerkstätten aus. Und dies alles nur deswegen, weil das Röhrenschublat Fracht ersparen will. Wir meinen, dieser volkwirtschaftliche Mißstand ließe sich sehr wohl vermeiden. Nicht nur die Potterie- industrie soll florieren, sondern auch die Weiterverarbeitung. Durch den direkten gewerkschaftlichen Kampf läßt sich allerdings kaum Abhilfe schaffen. Sollten aber die Roh- und Halbzeugverbände nicht von dieser unfairen Geschäftspraxis lassen, kann muß die Erzeugung Handel und Wandel schließlich wieder ins rechte Gleise bringen. Denn es sind dies Auswüchse des Systems der Monopole, die ungeheuren Schäden antrichten und die Schaffensfreudigkeit weiterer Kräfte bedenklich unterbinden.

Aus der Metallindustrie. Das Hochfelder Wag- werk erzielte nach 29 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 51 000 M. Davon erhalten: Rücklage 2500 M., Gewinnanteile 2300 M., Dividende 31 000 M. = 15% und Vortrag 15 000 M. — Der Jahresabschluß der Oberösterreichischen Zinkhütten-M.-G. weist nach 604 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 478 000 M. auf. Die Aktionäre erhalten 8% Dividende. — Die Westfälische Stahlindustrie in Hamm erzielte in ihrem ersten Geschäftsjahre nach ihrer Fusion mit Krupp nach 303 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 328 000 M. zu folgender Verwendung: Gewinn- anteile 82 000 M., Dividende 700 000 M. = 7%, Vortrag 145 000 M. — Der Rechnungsabschluß bei Siemens u. Halske in Berlin zeigt einen Reingewinn von 12 328 000 M. zu folgender Verwendung: Dividende 12%, Sonderrücklage 2 200 000 M., Belohnungen 800 000 M., Verfügungsbestand 350 000 M. und Vortrag 1 084 000 M. — Die Siemens- u. Schuder- werke erzielten 13 430 000 M. Reingewinn. Die Aktionäre erhalten 10%, die Rücklage 2 500 000 M., Verfügungsbestand 350 000 M. und Vortrag 280 000 M. — Die Elektrizitäts- M.-G. Nürnberg hat bei 8 500 000 M. Reingewinn einen Reingewinn von 5 874 000 M. Davon erhalten die Aktionäre 7 1/2% Dividende, die Lohnsteuerücklage 160 000 M. und die Sonderrücklage 300 000 M. Für Gewinnanteile werden 207 000 M. zurückgelegt und der Vortrag beträgt 1 204 000 M. — Die vereinigten Metallwarenfabriken in Altona-Oldensen erzielten nach 89 000 M. Abschreibungen 515 000 M. Reingewinn zu folgender Verwendung: Gewinnanteile und Belohnungen 89 772 M., 11% Dividende = 330 000 M., Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse 4000 M. und Vortrag 91 406 M.

Die sozialdemokratischen Arbeiterzer- splitteren bleiben sich überall gleich. In der Schweiz ist die Genossenschaft dabei, die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die bis jetzt noch neutralen Genossenschaften zusammenzubringen, obwohl letztere überwiegend aus christlich-Genossenschaftlichen zusammengesetzt sind. Trotzdem die Genossenschaftler auf der letzten Delegiertenkonferenz mit einer regelrechten Mißgunst be- gegnet wurden, geben sie ihr verächtliches Spiel nicht auf, wie dieses aus einem Artikel der soziald. „Gewerkschaftlichen Rundschau“ Nr. 10, 1911, hervorgeht. Wir lesen darin u. a.:

„Ueber das Uebereinkommen zwischen dem Gewerkschaftsbund und dem Verband schweizerischer Konsumvereine sprachen in einer Kreisbesprechung dieses Verbandes in Zürich am Sonntag, den 15. Oktober, die Herren Sekretär Dr. Schär-Basel und Nationalrat Greulich. . . Das Referat des Herrn Dr. Schär ließ keinen Zweifel darüber, daß die Leitung des Vereines schweizerischer Konsumvereine sich von der christlichen Strömung, die auf der Delegiertenver- sammlung in Frauenfeld noch einmal sagte, durchaus nicht imponieren läßt, sondern daß sie im Gegenteil eifrig daran arbeitet, recht bald ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem Gewerkschaftsbund zu ermöglichen. . . Die Bestimmung, mit dem Gewerkschaftsbund gemeinsame Aktionen vorzunehmen, verzieht nicht, wie man in Frauenfeld zu Unrecht behauptete, die Neutralität der Konsumvereine. . . Selbst wenn man annimmt, was ich nicht annehme, daß der Gewerkschaftsbund sozialdemokratisch ist, selbst dann liegt ein Uebereinkommen mit ihm nur in unserem eigenen In- teresse und wir verletzen keineswegs die Neutralität.“

Daraus geht hoch unwiderleglich hervor, daß im schwei- gerischen Konsumvereinsverband die christliche Strömung in der Mehrheit ist. Trotzdem soll der Verband ins rote Fahr- wasser gebracht werden. Wenn er hierbei zerschallt, dann ist das nicht schlimm, wenn sich nur einige Planken im roten Saft wiederfinden. Die Arbeiter sind natürlich bei einer solchen Politik die Leidtragenden, aber was ist das die „ehrentwerten“ Genossen. Ihre Aufgabe besteht ja nicht darin, den Proletariern zu helfen, sondern die Welt rot anzufärben. Diese Heuchlergesellschaft!

In die Saare geraten sind sich zwei sozialdemo- kratische Mitgließer anlässlich der Wahl eines sozial- demokratischen Abgeordneten in der sächsischen Kammer. Die großherzoglich-habische sozialdemokratische Mannheimer Volkstimme (hiesig halb triumphierend, halb höhnend: „So- zialdemokratische Hosänger in Sachen“). Bei der Gelegenheit sagt das sozialdemokratische Blatt dann ferner über sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung in diploma- tischer Weise allerlei Liebenswürdigkeiten. Die Leipzigerin hat aber anscheinend kein Verständnis für die Umgang- sprache der Mannheimer Heuchler. . . dann treibt die Volkstimme wieder einmal ein böses Spiel mangelhafter Aufrichtigkeit, sagt das Leipziger Blatt in seiner besten Weise. Die Zeit steht zwar im unge- heuren Verhältnis zur sprichwörtlichen sächsischen Gemüt- lichkeit ist aber echt marxistisch. So ganz nebenbei wird dann der großherzoglich-habischen Sozialdemokratie aufs Butterbrot geschmeiert, daß sie dem Klassenkampf im In- teresse des Ministers Rodmann zugestimmt habe. — Trotzdem sind sie einig, die Genossen! Allerdings wie Käse und Hund!

Der Häuser, der frühere „Korrespondent“-Redakteur, ist in Breslau vom Verein gegen die Uebergriffe der Arbeiter- bewegung als Medaillier angestellt worden. Er ist also glück- lich in den Armen der Iustizminister und Großbrauer gelandet.

Mögen sie ihn festhalten," schreibt dazu ganz erobst die sozialdemokratische Rheinische Zeitung. Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, Freunde des „eblen Neg" zu sein. Der Mann verleiht als Schriftleiter der Organisation von Weltweit allwöchentlich einige von ihm besonders „augetrichtete" Christen. Trotzdem hat die „Rheinische" keine Veranlassung, seine auf Hey zu werfen, weil er zum Alkoholkapital ging. Denn seit jeder hatten ja gerade die Genossen intime Verbindungen mit diesem. Dafür einige Beispiele:

1. In Lausburg schickten die Genossen ohne mit einer Wimper zu zucken, die Werprescherhöhung. Warum? aus Freundschaft zum Alkoholkapital. . . . !
2. Eine Stuttgarter Großbrauerei hat im Jahre 1910 dem Stuttgarter sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus eine runde Summe, man sprach von 200 000 Mark, gepumpt.
3. In Göttingen und Gmünd sind die Genossen bettelnd an große Brauereien herangetreten, für einige Tausend Mark Anteilsscheine für eine neu zu gründende sozialdemokratische Zeitung zu übernehmen. Die Brauereibesitzer haben zugestimmt, je 8000 Mark für Anteilsscheine zu blechen. Eine Gmünder Brauerei hat einen größeren Betrag gespendet.

„Nez" befindet sich also in guter Gesellschaft. Vielleicht hat er Gelegenheit, sich noch mit Vermittlergeschäften — Sanierung roter Gewerkschaftshäuser — z. z. zu befassen, und wird dann wieder in Gnaden aufgenommen. Also nicht so voreilig „Rheinische", denn, „des Lebens ungenüßliche Frenze, ward keinem Sterblichen zuteil."

Örtl Örtl Wir lesen in der sozialdemokratischen Bremer Bürgerzeitung vom 16. November:

„Unfreiwillig gelieferte Munition für unseren Kampfl. Anlässlich des Stapellaufs des kleinen Kreuzers „Stralsund" mußten die Arbeiter der Aktien-Gesellschaft „Weser" von 12 bis 2 Uhr Mittagspause machen und während dieser Zeit die Betriebsräume verlassen. Als Entschädigung wurde ein halber Stunde an Lohn vergütet. Die Arbeiter haben nunmehr in ihrer Gesamtheit beschlossen, diese freiwillige Spende dem Wahlfonds zu überreichen. Von den Arbeitern der Schiffbauhalle wurden bereits 65,95 Mark an den Parteisekretär abgeliefert."

Das nächste mal wird die U.-G. Weser wohl eine ganze Stunde vergütet und den Arbeitern, die um eine Lohnerhöhung einkommen, gleich 1 M. zulegen. Oder auch nicht? Und dann Streikunterstützung — Dr. Bannebock zc.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugung fort.

**Darmstadt.** Ueber die Dieberei der Firma Krupp in Unnen ist die Sperre verhängt.

**Barmen-Eibersfeld.** In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

**W.-Gladbach.** Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnfabrik - Bauanstalt und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Meppen.** Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

**Twistringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Solingen-Daun.** Bei der Firma Hofelz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

**Köln-Troisdorf.** Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. stehen im Kampfe zur Verteidigung des Koalitionsrechtes. Zugang fernhalten.

**Berlin.** Die Berliner Former und Eisengießerei Arbeiter stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Sevelsberg.** Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff, Werkzeugsfabrik, stehen zwecks Vereitlung von Maschinen und Durchfuhrung einer Lohnerhöhung im Streik.

**Langertwehe-Schönthal.** Bei der Firma Karl Schleiher & Söhne, Nadelabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Nadeln ist streng fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Elektriker stehen im Streik. Zugang fernhalten.

**Schweifer.** Bei der Firma Schweifer-Kattinger Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Stendrehern, Hoblern, Fräsern zc. ist streng fernzuhalten.

**Krefeld.** Sämtliche Diebereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Trier.** Wegen Nichtanerkennung des als eichlosener Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureichende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hoestraße 12 zu melden.

**Hann i. Wesf.** Bei der Firma Kerkmann stehen die Schleiher in einer Bewegung. Zugang ist streng fernzuhalten.

### Zugang ist fernzuhalten.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 3. Dezember 1911 der neunundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Dezember 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Magdeburg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 15 Pfg., statt bisher 5 Pfg., ab 1. Januar 1912 und die Verwaltungsstelle Lauen die Genehmigung zur Erhebung

eines solchen von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

**Köln.** Das Mitgliedsbuch Nr. 120 106, ausgestellt auf den Namen Christoph Wolf, ausgenommen zu Hildesheim, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Düsseldorf.** Kein sozialdemokratischer Terrorismus, sondern — christliche Provokation soll nach der Düsseldorfener roten „Volkszeitung" dem von uns scharfgekritisierten Ueberfall des Genossen und Freidenkers Theisen auf einen christlichen Arbeiter zu Grunde liegen. Keine Schandtat, nur ein Akt berechtigter Notwehr, gegenüber einem christlichen Arbeitkollegen, soll nach der Ansicht des Rechtsanwaltes des Genossen und Freidenkerführers, dessen Handlungsweise gewesen sein. Wir glauben, falls dem Anwalt einige Backpfeifen verabreicht würden, wenn er einen Menschen bloß anzusehen wagte, so würde bei ihm die „berechtigzte Notwehr" schon zerschwinden. Diese Argumentation beleuchtet daher nur die ganze Hilflosigkeit des schlagfertigen Genossen. Nun soll am Gericht die „Provokation" des zweiten Vorsitzenden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bewiesen worden sein. Was ist nun bewiesen? Daß der christliche Kollege schon einmal in seinem Leben Differenzen mit irgend einem seiner Mitarbeiter gehabt hat, jedoch nicht mit dem schlagfertigen Theisen. Wo ist dies im menschlichen Leben nicht schon einmal vorgekommen? Dann hat man dem Genossen Theisen der in „überaus wirkungsvoller Weise" die Forderungen der Kollegen vertreten hat, so daß er selbst der Leitung des Metallarbeiterverbandes ungemütlich hierbei würde, eine Bajazzo-mütze mit roter Schleife auf den Platz gestellt. Dies sollte eine Ehrung für „tadelloste Eintreten", arrangiert von den eigenen Genossen, sein, um dem „Führer" auch ein sichtbares Zeichen seiner Würde zu geben. Diesen „Streich" sollen nach der recidivierten Auffassung des Theisen die christlichen Arbeiter ausgeführt haben, während die christlichen Zeugen eidlich genau das Gegenteil ausgesagt, und auch darüber gar nicht „gegrünelt" haben, da sie vorher hieron nichts wußten.

Das „höhnliche Grinsen" wurde als ein beleidigender Unbarm von dem Genossen Theisen aufgefaßt, der in eine grenzenlose Wut geriet, als nun der christliche Kollege die „Freiheit" besaß, an seinen Arbeitsplatz zu gehen. Hierbei mußte er an Theisen vorbei und wurde von ihm mit den Worten „was göhst du mich an", angerebet und von unten vor die Füße getreten. Anstatt das nun der christliche Arbeiter vor diesem „erhabenen" Bild pflichtschuldig in die Erde versank, habe er die „Freiheit" zu antworten, „du suchst wohl Anschluss". In seiner Würde aufs tiefste verletzt, geriet der Genosse Theisen in größere Wut und verabreicht dem christlichen Arbeiter einige Ohrfeigen. (Theisen will nur eine gegeben haben, der christliche Arbeiter behauptete mehrere). Der geschlagene Kollege zerschwindet aus der gefährlichen Nähe des „schlagfertigen" Obergenossen, muß jedoch, um an seine Drehschrauben zu können, wiederum an ihn vorbei. Aber noch ist die hochende Freidenkerseele nicht beruhigt und als nun der geschlagene Arbeiter die „Freiheit" besitzt, sich nach den Ursachen der Backpfeifen zu erkundigen, steigt die Wut wiederum einige Grade höher, u. Th. geht zu erneuten Tätlichkeiten über, bis der Werkmeister die beiden von einander trennt.

Am Gerichte sollen nun sogar christliche Arbeiter den „verträglichsten Charakter" des handgreiflichen Freidenkerführers festgestellt haben. Dies kann schon deswegen nicht zutreffen, weil sie garnicht danach gefragt wurden. Ferner sollen christliche Arbeitkollegen nichts mit dem geschlagenen Kollegen zu tun haben wollen. Dies ist eine weitere Unwahrheit. Der Zeuge Th. sagte aus, daß eine derartige Verletzung von ihm auf einem Irrtum beruhte und sich als falsch heraus gestellt habe. Der Zeuge Th., von Theisen geladen, hat einmal mit dem geschlagenen Arbeiter einen Wortwechsel gehabt und hat als er von dieser Sache hörte, gesagt, daß er wohl auch Schuld mit habe. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß nachdem er den Sachverhalt kenne, der geschlagene Arbeiter keinerlei Schuld trage, sondern allein Theisen. Die anderen geladenen Zeugen des Theisen sollten den unterträglichen Charakter des geschlagenen Arbeiters beweisen. Bewiesen wurde aber allein, daß Theisen sich an seinem Mitarbeiter in brutaler Weise vergriffen hat, ohne hierfür stichhaltige Gründe anzuführen zu können. Mein der Saß, einen christlichen Arbeiter nicht für die sozialdemokratischen Bestrebungen gewinnen zu können, war die Ursache! Es ist und bleibt daher eine Schandtat des Freidenkerführers und zweiten Vorsitzenden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Theisen. Es ist Terrorismus, der unserer Meinung nach mit 10 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten nicht genügend gesühnt wird. Uns scheint, als habe die Theisen von seinen Genossen gewöhnliche Bajazzo-mütze für „überaus wirkungsvolles Eintreten" für ihn strafmildernd gewirkt. Wir aber kennen unsere Pappeneimer, ob mit oder ohne Bajazzo-mütze zur genüge.

**Darmstadt.** Am 30. Oktober fand hier selbst die Gewerbegerichtswahl statt. Da diese Wahlen nun hier zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem gekämpft wurden, beschloßen die christlichen Arbeiter, sich an der Wahl zu beteiligen. Nam war es im Genossenlager ruckbar geworden, daß die Christlichen mit einer eigenen Liste kommen würden, da arbeiteten sie auch schon mit Hochdruck unter ihren Anhängern und Nachläufern und gaben die Parole aus: „unter allen Umständen den Christlichen keinen Weisiger!" Trotz alledem aber haben wir einen Kollegen als Beisitzer bekommen. Darob herrscht natürlich große Wut im Genossenlager. Das hiesige rote Parteiblatt möchte gar zu gerne die christlichen Stimmen als ungenüßlich betrachtet sehen; doch mit jenem frommen Wunsche wars wieder — Ewig. Die Christlichen haben gar einen Hauptbeisitzer bekommen und denken in Traume nicht daran, sich hierzu erst die Erlaubnis der Genossen zu erwirken.

Trotz des Resultats der Wahl gibt uns christlichen Gewerkschaftlern auch nach einer anderen Richtung hin einen Fingerzeig. Es hat gezeigt, daß hier für uns noch ein großes Feld zu heudern ist. Von den 8000 Wählern haben nur 2000 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht; 6000 blieben zurück. Der größte Teil von diesen Säumigen gehört zweifellos feiner Ueberzeugung nach zu uns. Hier müssen wir mit der Agitation einsehen; noch Tausende Kollegen sind hier unserer Bewegung zuzuführen. Wie alle wollen unsere Ehre darin sehen, in drei Jahren bei der Gewerbegerichtswahl noch mehr mit diesmal für uns herauszukämpfen. Können wir aber mit Erfolg an diese noch abseits stehenden Kollegen heran,

so müssen zunächst noch manche Mißverständnisse und Vorurteile gegen uns im bürgerlichen Lager beseitigt werden. Das auch bei der hier in Frage kommenden bürgerlichen Presse noch vieles gebessert werden muß, selge nur folgende Stichprobe: Die liberalen „Neuen Hessischen Volksblätter" berichteten anlässlich der letzten Vorgänge im Bayerischen Abgeordnetenhaus von „einer großen" Beifallsdemonstration unter Führung des Kaplans Walterbach, des Präsesidenten der christlichen Gewerkschaften.

Ueber noch manch anderes Beispiel großfabriklicher Unkenntnis bürgerlicher Blätter über unsere Bewegung könnten wir hier berichten. Man könnte über solche Unmheiten lachen, wenn sie nicht eine so suchbar ernste, von diesen Blättern allerdings nicht gewollte Wirkung hätten. Durch solch schlechte Darstellungen über unsere Bewegung selbst in bürgerlichen Blättern wird nur den Genossen das Wasser auf ihre Mahlen getrieben. Solche Sachen sind den Genossen ein willkommenes Futter für ihren Verleumdungsfeldzug gegen die christlich-nationalen Organisationen. Bürgerliche Blätter aber, die auf diese Weise der sozialdemokratischen Agitation in die Hände arbeiten, graben sich damit schließlich ihr eigenes Grab. Das sollte man eigentlich nicht noch besonders zu betonen nötig haben.

Trotz alledem, die christlichen Gewerkschaftler dürfen sich sagen, daß sie bei der Wahlprüfung verhältnismäßig günstig abgekommen sind. Wir haben gezeigt, daß auch wir da sind — und nicht allein das: wir sind auch gewillt unsere Ellbogen zu gebrauchen und uns den Weg noch weiter vorwärts zu bahnen. Wohlan denn ihr Kollegen, die ihr unserer Bewegung noch fernsteht, ihr Metallarbeiter von Darmstadt, Lieburg, Urberach und Münster, legt eure Gleichgültigkeit ab und tretet als opferbereite Mitstreiter für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Verbandes ein in den christlichen Metallarbeiterverband! Des Mannes Ehre ist die Tat!

**Wodentöhr.** Eine von unserem Verband einberufene gute Besuche Versammlung des staatlichen Glättenwerkes tagte hier selbst am Sonntag, den 19. November im Lokale Schiefl. Die Anwesenden wünschten lebhaft, daß folgende Sachen einmal der Öffentlichkeit übergeben werden, um eine Besserung herbeizuführen. Der Urlaub, der von jedem Meister für einen Tag gewährt werden kann, wird den Arbeitern nicht gewährt. Ja, die Arbeiter brauchen nicht einmal den Grund anzugeben, warum sie Urlaub haben wollen. Diese Sache steht in der Arbeitsordnung, aber es wird nicht darnach gehandelt. Am trassesten trat das in Erscheinung, als unser allbewährter Bürgermeister starb. Es besteht hier die Sitte, daß die Träger von den Angehörigen zum Mahle geladen werden. Dieser wurde hier, obwohl es sich um Beihaltung des Seelenamtes und den Gang zum Friedhof handelte, nicht einmal ein Tag Urlaub gewährt. Als die Leute trotzdem nachmittags noch ausblieben, wurden sie mit einer Mark bestraft. — Jetzt ein anderer Fall. Vor kurzem trat ein Bürger von hier einen Lehrling eines Glättenwerkes im Walde. Auf die Frage, was er hier mache, gab er zur Antwort, daß er für einen höheren Marktbeamten Holz suchen müsse. Hier konnte man Urlaub geben. Ueber diese ungerechte Handlungsweise sind die Arbeiter empört. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ein weiterer Fall. Voriges Jahr wurde zwischen dem Arbeiterausschuß und der Marktleitung beschlossen, daß die Besetzung am Samstag 10 Minuten und an anderen Tagen 5 Minuten vor der Pause das nötige zur Vorkost herbeiholen dürfen. Herr Dr. Theisen hat sich daran nicht. Er schaffte diese Sache ganz einfach wieder ab. Als er von gewisser Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, sagte er ganz einfach: „Das geht mich nichts an." Die Arbeiter fragen sich, zu was sie denn ihren Ausschuß haben. Da brauchen sie besser keinen. Es ist traurig genug, wenn Beamte sich einfach über diese Beschüsse, die schon ein Jahr durchgeföhrt sind, rigoros hinwegsetzen. Die Arbeiter sind nicht gewillt, sich solches länger bieten zu lassen. Die anwesenden Mitglieder beauftragten den Arbeiterausschuß, zur Sache in der nächsten Sitzung Stellung zu nehmen.

**Heiligenhaus.** Die Vertreterwahlen zur heiligen Ortskrankenkasse, welche am 11. Nov. stattfanden, endeten mit einem schönen Siege der christlichen Arbeiter. Der Vorstand der hiesigen Sektion des christlichen Metallarbeiterverbandes hatte auch Sonntag, den 5. November alle nicht sozialdemokratischen Massenmitglieder zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Unsere Kollegen sowie Angehörige der verschiedenen Berufs hatten sich zahlreich eingefunden. Die Vertreterliste konnte aufgestellt und ein nationaler Wahlausschuß gebildet werden. Dieser nahm nun die Agitation auf und besorgte die nötigen Vorkarbeiten zur Wahl. Das Resultat unserer Arbeit war ein glänzendes. Für die Liste der christlich-nationalen Arbeiter wurden 465 und für die sozialdemokratische Liste 358 Stimmen abgegeben. Anerkennung verdient besonders auch das rege Zutreffen, das die Handlungsgehilfen an der Wahl nahmen. Für unsere Mitglieder aber gilt es jetzt, die Stimmung und den Erfolg auch für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes nutzbar zu machen. Der gemeinschaftliche Gedanke muß sich auch in Heiligenhaus immer mehr durchsetzen, da auch hier eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Notwendigkeit geworden ist.

**Si bad (Saar).** Mit geradezu schätzbaren Mitteln suchen einige ausgezeichnete Mitglieder unserer Zählstelle den christlichen Metallarbeiterverband jetzt zu bekämpfen, nebenbei gejagt aber bergelüch. Diese Suchkollegen glauben, wenn sie dem Verbande erst einige Wochen angehören würden, wäre dieser auch schon in der Lage, ihnen vielleicht den Himmel in diesem Jammertale zu verschaffen. Wer aber die Verhältnisse hier an der Saar kennt und weiß, was hier noch alles zu leisten ist, um den Arbeitern, speziell den Grubenhandwerkern und -Maschinisten ein Arbeitsverhältnis zu schaffen, welches neben den vielen Pflichten auch Rechte darbietet, der wird begreifen, daß nur eine zähe, ausdauernde und zielbetrukte Organisationsarbeit in der Lage ist, die vielen Mißstände zu beseitigen. Diese Binsenwahrheit wollen diese Suchkollegen aber partout nicht einsehen. Um nun den Mangel eigener Begriffsfähigkeit oder Eiferlosigkeit zu entschuldigen, versuchen sie ihre Mitarbeiter auch noch der Organisation fernzuhalten und zwar mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre. Uns organisierten Kollegen kann es ja nur recht sein, wenn die Spreu sich von dem Weizen sondert. Nicht Baudeutscher sondern Männer brauchen wir in unseren Reihen. Wenn die Renegaten glauben, Kollegen, die sie wieder für die Organisation zurückgewinnen wollten, den Auspruch Göh von Verdingungen entgegenstehenden zu können, so ist das eigentlich nur ein Zeugnis ihres moralischen Tiefstandes. Unsere Kollegen werden sich darüber zu trosten wissen und an das Sprichwort denken, daß man Verles nicht gewinnen Kufelträgern vorwerfen soll.

Einige der heftigen Renegaten glauben ihre Klugheit dadurch zu beweisen, daß sie ihren Kameraden vordrehen, was sie durch ihr Fernbleiben von der Organisation „sparen“ an Beiträgen, die ja doch weggenommen wären. Eine Organisation, die für jede zehn Pfennig eine Mark herausgibt, gibt es leider für diese Kollegen noch nicht, doch bleiben sie sichere lebenslängliche Mitglieder. Vielleicht suchen sie Arbeit auf der Burbacher Hütte, dort gibt es ja bekanntlich eine gelbe Arbeiterorganisation. Wenn diese Kollegen dann Sonntags abends „wank'n'd“ den Heimweg antreten, so geschieht dies auch aus „Sparhaftigkeit“ zum „Abble“ ihrer Familie.

Kollegen! Grubenhandwerker und Maschinisten, wollt ihr euch durch solche Elemente von der Organisation fernhalten lassen? Es wäre dies bestänigend für unseren Stand. Wer war es, der die Doffentlichkeit auf uns aufmerksam gemacht hat? — Der christliche Metallarbeiterverband! War der Erfolg noch nicht durchschlagend, so ist die Schuld auf unserer Seite; wir haben uns viel zu lange von der Organisation ferngehalten, wir wollten ersten, ohne zu sein. Nun aber ist es Zeit, der christliche Metallarbeiterverband scheidet weder Mühe noch Kosten, um unsere berechtigten Wünsche und Beschwerden beim Landtage wieder zu unterbreiten. An uns liegt es, durch Massenbeitritt zum Verband dem Vorgehen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Niemand macht uns unser gesetzliches Koalitionsrecht streitig, wenn wir einzig sind. Sorge ein jeder für die Stärkung unserer Berufsvertretung, dies ist die beste Antwort auf die unläutere Wählbarkeit selbstthätiger Land-Berufs-Kollegen. Hoch die Solidarität!

**Säffelhof.** Auf dem hiesigen Smalierwerk „Mhenania“ in Oberbill haben 40 Brenner nach vorhergegangener Kündigung die Arbeit niedergelegt. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist in einer Arbeitszeitverlängerung des Samstags um 2 Stunden zu suchen. Die Brenner arbeiteten im Sommer des Samstags 8 Stunden. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen sollte der gesamte Betrieb diese Arbeitszeit annehmen, jedoch ohne Lohnausgleich. Dieses wurde von einigen Werkleitungen verzögert. In einem Anschlage forderte hierauf die Betriebsleitung die Brenner auf, Samstags 9 Stunden zu arbeiten, andernfalls Strafen angewandt wurden. Auf das ungeschickte ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht, bestimmte die Firma dann durch einen neuen Anschlage die 10stündige Arbeitszeit für alle diejenigen, welche bis Donnerstag den 16. November ihre Kündigung nicht eingereicht hätten. (Sie wolle „Herr im Hause“ bleiben.) Sämtliche Brenner zeigten die Kündigung ein. Die Firma kündigte hierauf etwa 140 Arbeiter und Arbeiterinnen. Trotzdem nun erst am Donnerstag, den 23. Nov., die Kündigungszeit abgelaufen, wurden die gekündigten Leute und die Brenner bereits am Montag entlassen, mit dem Bemerkten, daß die beiden anderen Tage ausbezahlt würden. Zwei Tage zahlt mithin die Firma den Lohn für 180 Arbeiter ohne geleistete Arbeit aus. Außerdem hat die Firma einem Teil der Entlassenen den recht niedrigen Stundenlohn um einige Pfennige erhöht und ausbezahlt. Die Maßnahmen der Firma sind mithin nicht zu verstehen. Zweier Stunden Arbeitszeit halber werden etwa 180 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos gemacht, erhalten jedoch für zwei Tage nicht geleisteter Arbeit ihren Lohn, außerdem wird noch Lohnzulage gegeben. Es scheint fast, als wenn die Firma Gefallen an dem Vorgehen der Brenner hätte. Das Werk soll jedoch mit hinreichenden Aufträgen versehen sein. Die Aktionäre haben in diesem Jahre 10 Prozent Dividende statt bisher 8 erhalten. Eine Reihe der bisher hier beschäftigten Arbeiter hat bereits andere Arbeit erhalten. Bezug ist von dem Werke streng fernzuhalten!

**Dorfheld** Kollegen, ein Jahr ist nun seit der Gründung unserer Ortsgruppe verstrichen. Wir haben uns damals zusammengeschlossen einerseits, um unsere wirtschaftlichen Interessen besser zu vertreten zu können — und andererseits, um dem Terrorismus der „Genossen“ ein Halt zu gebieten. Befanden und befinden sich doch ganz besonders unter der Arbeiterchaft der Firma Orenstein u. Doppelgang rabiate „Menschheitsbegleiter“. Dieser Tage noch verstanden die woken „Freiheitskämpfer“ einen neu in den Betrieb eingetretenen Kollegen zum Eintritt in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zu bewegen. Als dieser Kollege aber erklärte, daß er dem christlichen Metallarbeiterverbande beitrete, beantworteten die Genossen das mit der Erklärung: wenn er das tue, würde er solange gezwiebelt, bis er losgehe. Der Kollege besaß aber Mannesmut genug, sich dadurch nicht einschüchtern zu lassen, sondern trat sofort unserem Verbande bei. Nun ging aber die Hölle los: seitens der Genossen erst recht los. Getreu ihrem Programm tze, wonach Religion „Privatsache“ ist, suchte man den Kollegen wegen seiner religiösen Überzeugung zu verstoßen. „Ob er auch noch so dum in sei und zur Kirche gehe und bete“, fragten die Genossen ihn. Die Antwort, die der Kollege ihnen darauf gab, war eine Wajahr, die die rote Kolonne sich hoffentlich merken wird.

Kollegen von Dorfheld! Die wachsende Freiheit der Genossen warf für uns ein Ansporn sein, noch weit mehr wie bisher für unsern christlichen Metallarbeiterverband einzutreten. Fort darum mit aller Laubst und Gleichgültigkeit uns unseren Reizen; die heutige Zeit fordert ganze Gewerkschaftler, die mit ganzem Herzen bei der Sache sind. Versuchen wir besonders auch wieder eifriger die Veranlassungen erhalten wie doch dort immer wieder neue Anregungen, neue Tatkraft und neue Arbeitsfreudigkeit. Unser Agitationsfeld hier in Dorfheld ist so groß, daß jeder Kollege sich an der Arbeit mit beteiligen muß. Ganz besonders dürfen wir nicht raffen und ruhen, um auch die Jugend für unsere Bewegung zu interessieren und zu gewinnen. Durch die 10 Pfg.-Beitragsklasse unseres Verbandes wird uns diese Arbeit unter den Augenblicken ja wesentlich erleichtert. Darum, Kollegen, frisch ans Werk. Nur im Kampfe stellt sich des Mannes Kraft!

**Neuwied a. Rh.** Die Strecke von Koblenz bis Bonn ist eine der herrlichsten Rheinpartien, besonders für Leute, die Geld haben, oder für einen jungen Handwerksgehilfen, der Mitglied seines Verbandes und des Gesellenvereins ist und einen guten Sparvorden mit sich führt. Gewerkschaftlich ist diese Strecke aber leider noch ides Brackfeld. Abgesehen von der linken Rheinseite, die für uns als Metallarbeiter wenig in Frage kommt, weil keine Metallindustrie in größerem Maße dort vorhanden, jähst die rechte Rheinseite von Niederlahnstein bis Bieul eine große Zahl von Metall-, Hüften- und chemischen Industriearbeitern. Fast in der Mitte auf der letztgenannten Strecke gelegen, hat Neuwied und Umgebung die größte Zahl an Metall- und Hüften-

arbeiten aufzuweisen. So groß nun die Zahl der Arbeiterchaft, so groß ist auch ihre gewerkschaftliche Interessenslage, abgesehen von wenigen rädhmlichen Ausnahmen.

Man sollte bemerken, es herrschen hier die herrlichsten Zustände, wie hohe Löhne, gute Behandlung, kurze Arbeitszeit usw. Aber weit gefehlt; abgesehen von den Naturschönheiten ist von all dem oben Genannten nichts, aber auch gar nichts vorhanden. Einige Tatsachen mögen dies beweisen. Das Welschblechwerk „Maschinen“ (1400 Arbeiter), das diese Waktwerk Deutschlands — sein Bestehen ist zurück bis 1655 nachweisbar — brachte es fertig, noch in diesem Frühjahr Abfordrübzierungen, parbon-regulierungen, vorzunehmen, wodurch die Arbeiter bis zu einer Mark pro Schicht weniger verdienten. Jahresabschluss dieses Werkes: 45 = fünf und zwanzig Prozent Dividende. Die Firma A. Georg, Eisenkonstruktion, (Löhne 2,50 bis 3,50 M. für Schlosser) brachte es fertig, eine Werkstattversammlung dadurch illusorisch zu machen, daß der Meister die Arbeiter durch Drohung mit sofortiger Entlassung vom Besuch der Versammlung zurückhielt. Herr Wirtz, Hüftlicher Schlosser und Wagenbauer, läßt seine Gefellen bei 3,50 bis 4.— M. Tageslohn noch 11 Stunden pro Tag arbeiten. Bei den angegebenen Löhnen ist zu berücksichtigen, daß Lebensmittel, Abhraup die ganze Lebenshaltung, fast genau so teuer ist wie in jeder Großstadt.

Die oben angeführten drei Beispiele, die sich zu Tugend vermehren lassen, mögen genügen, um den Kollegen draußen im Lande auch einmal die Schattenseiten der hiesigen Gegend zu zeigen. Vor allem aber mögen diese Beilen dazu beitragen, die Neuwieder Metallarbeiter zum Nachdenken zu veranlassen darüber, ob es nicht doch besser für sie wäre, ein paar Groschen Beitrag pro Woche zu bezahlen um dadurch Lohnzulage und Zustände wie die oben gekennzeichneten abzuwehren.

### Soziale Rechtspredigung.

#### Streikarbeit als Grund zur Lösung des Affordvertrages

In Hamburg hatten mehrere Tischlergesellen Bauanschlaggerarbeiten von einem Meister in Afford übernommen. Nachdem der Streik der Tischler in Hamburg ausbrach, legten auch die hier beteiligten Gesellen die Arbeit nieder. Der Meister kam ihnen jedoch entgegen, bewilligte einen um drei Pfennig höheren Lohn pro Stunde und versprach, daß er keine Arbeit in befreiten Betrieben herstellen lassen wollte. Das letztere Versprechen hielt er indes nicht, was zur Folge hatte, daß die Gesellen von neuem die Arbeit einstellten. Der Meister klagte am Gewerbegericht auf Feststellung der Affordarbeit, die Gesellen erhoben Widerklage auf Zahlung der fälligen Affordüberschüsse sowie auf Zahlung des Lohnes und der Stundenüberschüsse bis zur Arbeitsniederlegung. Das Gewerbegericht wies nach dem „Hofarbeiter“ den Meister mit seiner Klage ab, und bejahte die Frage, daß die Gesellen zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt gewesen seien. Im Urteil heißt es:

„Wenn bei Lohnkämpfen ist es allgemein Sitte, daß die streikenden Arbeiter sich weigern, bei solchen Arbeitgebern zu arbeiten, welche sogenannt Strivarbeit, d. h. Arbeit für nicht geregelte Betriebe, selbst verrichten, oder ihre eigenen Arbeiten nicht in geregelten Betrieben ausfertigen lassen. Es will jeder Arbeitgeber, daß gerade auf diesen Punkt seitens der Arbeiter und ihrer Verbände großer Wert gelegt wird. Und wenn dann ein Arbeitgeber, diesen Anschauungen Rechnung tragend, obenrein ausdrücklich verspricht, nicht in befreiten Betrieben arbeiten lassen zu wollen — damit er überhaupt Arbeiter bekommt — so gibt er durch Nichtinnehaltung seines Versprechens dem Arbeiter berechtigten Anlaß zur Lösung des Verhältnisses. Diese Lösung läßt sich auch im Wege der Anfechtung des ganzen Vertrages nach § 119 des Bürgerlichen Gesetzbuches begründen.“

Der Meister wurde so verurteilt, den eingeklagten Betrag in Höhe von 380,97 M. zu zahlen. Das Gewerbegericht stützte sich bei Behandlung dieser Sache auch auf den Standpunkt, daß unter normalen Verhältnissen eine übernommene Affordarbeit zu Ende geführt werden muß. So ohne weiteres ist dieser Standpunkt nicht zu akzeptieren. Solange keine völlige Klarheit darüber besteht, ob ein Affordvertrag, Arbeitsvertrag oder Werkvertrag ist, dürfte die Frage strittig sein.

### Soziales.

#### Ein unbefangenes Arbeitsberurteil über sozialpolitische Reformen

befindet sich im Geschäftsbericht des Verbandes deutscher Färberereien und chemischen Waschanstalten (E. S. Hamburg) für das 8. Geschäftsjahr 1909/10. Da heißt es auf S. 54 ff.:

„Die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind auch nicht so „verhängnisvoll“ für die Industrie, wie vielfach ausgerufen wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Regierung sind allmählich abgebrüht gegen das fränbige Jammern der Industrie, die nun „ganz zugrunde gerichtet“ werde, dabei aber erpaunderweise immer tätiger ausfällt. Am wenigsten hat unser Gewerbe Grund zu solchen Klagen, da es nicht unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden hat. Die Verkürzung der Arbeitszeit betrifft fastliche einheimischen Betriebe gleichmäßig, sodaß keiner mehr darunter leidet, als sein Konkurrent. Wir hatten uns früher gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gewendet, aber vergeblich; nun heißt es, sich mit der Notwendigkeit abzufinden. Die Müde, die Arbeit etwas anders zu disponieren als bisher, wird aufgewogen durch die größere Arbeitsfreudigkeit und -sicherheit der Leute. Und selbst wo das nicht bemerkbar sein sollte, muß doch jeder Einseitige erkennen, daß die Schonung der weiblichen Arbeiter unerlässlich ist für die Zukunft unseres Volkes. Denn von Frauen, die durch langes Arbeiten geschwächt sind, kann man keine gesunden Kinder erwarten. Da muß der einzelne schon einige Opfer für die Zukunft seines Volkes bringen. Dieser Gesichtspunkt hat unserer Ansicht nach auch die Regierung zur Einbringung des Gesetzes veranlaßt, nicht die Rücksicht auf die Wünsche einzelner Partien. Aus diesen Gesichtspunkten und aus der Erwägung, daß Widerstand doch vergeblich sein würde, haben wir, ohne neue Gesetze und bergleichen einzureichen, uns nun bereit erklärt, unsern Mitgliedern nach Kräften beizustehen, wo innerhalb der gesetzlichen Vorschriften liegende Wünsche von einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten abgelehnt wurden, z. B. auf Gehaltung von Ueberarbeit während der Saison.“

Uns scheint, so meint die „Soziale Praxis“ mit Recht, daß viele weltfichtige Arbeitgeber, welche die Geschäfte der Sozialreform und der Industrienentwicklung kennen, ebenso denken, aber es nicht gern ausführen, um die aktehrwürdige Legende vom „Mun der Industrie durch die Sozialreform“ nicht selbst zerstören zu helfen.

### Storbefehl.

- Magdeburg.** Am 11. November starb unser Kollege Wilhelm Walkowski im Alter von 28 Jahren an einem Halsleiden.
- Hamburg.** Am 6. November starb unser Kollege A. Montag an Nindbarmentzündung.
- Köln-Kalk.** Am 15. November starb unser treuer Kollege und Mitbegründer der Zahlstelle Commern, Konrad Braun im Alter von 51 Jahren an Magen- und Lebertrebs.
- Ahlen.** Am 22. November starb unser Kollege, der Anst. hieser Franz Meindel im Alter von 19 Jahren an Gehirnentzündung.
- Machen.** Am 16. November starb unser Kollege Christian Wiayer im Alter von 25 Jahren an Typhus.
- Danzig.** Am 2. November starb unser Kollege Emil Ruhn, Quarrer, im Alter von 45 Jahren an einem Nierenleiden.
- M. Gladbach.** Am 10. November starb unser Kollege Peter Grund im Alter von 35 Jahren an Lungentrantheit.

Ehre ihrem Andenken!

### Berichtungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne wertigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 1. Dezember.**
- Haltern i. B.** Abends 8 Uhr bei Gottfried Böhmer, Beckumerstr.
  - Samstag, den 2. Dezember.**
  - Berlin-Moabit.** Bei Bergmann, Obenbumerstr. 8.
  - Ostsee-Krab.** Abends 8.30 Uhr bei Seeborn in Steela.
  - Karlruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung. Vortragung mit dem Hauptreferent.
  - Köln-Indenthal.** Abends 9 Uhr bei Sadelier, Bachemerstr.
  - Köln-Deich.** Abends 9 Uhr bei Schmitz.
  - Deiße i. M.** Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
  - Schwelm.** Abends 8.30 Uhr bei W. Wagnier, Dlenstr.
  - Stuttgart.** Abends 8.30 im römischen König.
  - Sonntag, den 3. Dezember.**
  - Bonn.** Vorm. 10 Uhr bei A. Wirs, Wilhelmstr.
  - Darmstadt.** Nachm. 8.30 Uhr bei Frau, Ecke Karl- und Niesstraße, außerord. Mitgliederversammlung. Vortr. über die Feuerung. Ref. Karl Wesp.
  - Dortmund-Görne.** Vorm. 11.30 Uhr bei Drees, Kaiserstr.
  - Dortmund-Förde.** Vorm. 11.15 Uhr bei Stohse, Schauffstr.
  - Dortmund-Wehrmar.** Nachm. 6 Uhr bei W. Hoff.
  - Düsseldorf-Vertrauensstelle.** Vorm. 11 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im Paulshaus, Kullenstr. 83-85.
  - Essen-Saun.** Vorm. 11 Uhr im Lokal des Arbeitervereins.
  - Essen-Rottrod.** Nachm. 8.30 Uhr bei Trögemann.
  - Essen-Vorbeck-Schönebeck.** Vorm. 11 Uhr bei W. Hoff, außerordentliche Generalversammlung.
  - Essen-Solterhausen.** Abends 7 Uhr bei Buchner, Sobellenstraße.
  - Essen-Suaardtsfle.** (Solterhausen und Krohnhäuser). Nachmittags 5 Uhr im Bürgersheim, Sobellenstraße.
  - Essen-Rottmia.** Vorm. 11 Uhr bei Buchmiller.
  - Hamborn.** Mittl. 2.30 Uhr nachm. bei Freundlieb am Renmarkt in Mariahilf Mitgliederversammlung.
  - Edinuar.** Nachm. 4 Uhr bei Schillermann.
  - Köln-Rinalt.** Morgens 11 Uhr bei Klose, Hainstr. 2.
  - Widenscheid.** Nachm. 2.30 Uhr bei Ernst Diemer.
  - Mülheim-M. Gladbach.** Morgens 11 Uhr bei Meyer.
  - Mülheim-Solmside.** Abends 6 Uhr bei Höfel.
  - Reheim-Ortsverwaltung.** Nachm. 5 Uhr im Gefellenhause. Vortrag des Herrn Stud. phil. Brühl, Minister.
  - Reheim-Hillen.** Vorm. 11 Uhr bei Panne.
  - Oberhausen.** Nachmittags 4 Uhr bei Kemmerling, Ecke König- und Pöppelstr.
  - Math-Deumar.** Abends 9 Uhr bei Aretz.
  - Rothschütte.** Nachm. 3 Uhr bei Busch, „Goldner Adler“.
  - Süß.** Morgens 11 Uhr bei Offer.
  - Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen an der Weerkgastlauer.
  - Wesel.** Nachmittags 4 Uhr bei Reher, Schmiedstr.
  - Montag, den 4. Dezember.**
  - Gretenbroich.** Abends 7 Uhr, gleich nach Feierabend, im Lokale Biensfeld, Rheperstr. Referent Kollege Graf.
  - Samstag, den 9. Dezember.**
  - Altenbörde.** Abends 8.30 Uhr bei E. Defer, am Brink.
  - Berlin-Norden.** Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Hüllstr. 4-5.
  - Dortmund-Innen.** Abends 8.30 Uhr bei Rangmann, Schauffstr.
  - Düsseldorf-Derendorf.** Abends 9 Uhr im Kolpinghaus, Bücherei 4-6, Bezirksversammlung.
  - Düsseldorf-Werfen.** Abends 9 Uhr bei Gedhausen, Cölnerlandstr. 260, Bezirksversammlung.
  - Düsseldorf-Solkhausen.** Abends 9 Uhr bei Hubert Blau, Düsseldorfstr. 232, Bezirksversammlung.
  - Gelsenkirchen-Neulicht.** Abends 8 Uhr bei Masius.
  - Hagen-Allenbaen.** Abends 8.30 Uhr Generalversammlung bei Steinhaus. Neuwahl des Vorstandes.
  - Hagen-Boel.** Abends 8.30 Uhr bei Schürmann, Generalversammlung.
  - Hamburg.** Abends 9 Uhr bei Schröder, Zalkstr. 97.
  - Karlruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten mit Vortrag.
  - Köln-Dombold-Kolonie.** Abends 9 Uhr bei Kuch, Walftr.
  - München.** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Leopoldstadt“, Senefelderstr. Ref. Kollege Wagner.
  - Münberg.** Abends 8.30 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung im Gefellenhause, Tafelhofstr. 7.
  - Stuttgart-Judenhausen.** Abends 8.30 Uhr in der Traube.
  - Widenscheid.** Versammlung.
  - Sonntag, den 10. Dezember.**
  - Düsseldorf-Widerich.** Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Deer, Bezirks-Versammlung.
  - Düsseldorf-Eller.** Vorm. 11 Uhr bei Haagenelt, Gumbertstraße 120, Bezirksversammlung.
  - Düsseldorf-Gerd.** Vorm. 11 Uhr bei Karl Wöffen, Grefelderstr. 81, Bezirksversammlung.
  - Düsseldorf-Oberfasse.** Vorm. 11 Uhr bei Wöffen, Seneallee 60, Bezirksversammlung.
  - Gelsenkirchen-Schalke.** Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
  - Hagen-Altkath.** Morgens 11 Uhr bei G. Hoff.
  - Halle a. S.** Nachm. 3 Uhr bei Schott, Metzeburgerstr. 9. Referent Kollege Reichert. Bücher mitbringen.
  - Karlruhe-Parlauen.** Nachm. 3 Uhr im Hirsch mit Vortrag.
  - Köln-Chreulb.** Morgens 11 Uhr bei Kornbrier, Keppelstraße.
  - Köln-Kalk.** Morgens 11 Uhr bei Göttingberg, Breuerstr.
  - Lüdenscheid.** Nachm. 2.30 Uhr Kartelversammlung.
  - Mülheim-Merheim b. Kalk.** Morgens 11 Uhr bei Schürmacher.
  - Mülheim a. Rhein.** Nachm. 3 Uhr allgemeine Jugendversammlung mit Vortrag bei Reibgut, Regentent. 9. Alle Sektionen müssen teilnehmen.
  - Reheim.** Nachm. 2 Uhr Bezirksversammlung bei Dredde, Lotenberg-Str. Abends 8.30 Uhr bei S. Bod.
  - Troisdorf.** Morgens 10.30 Uhr, zur Sonne in Oberlaar.